

Missbrauchte Patrioten



Bernhard Hess,
Nationalrat
und SD-Zentral-
präsident, Bern

Patriotinnen und Patrioten haben es hierzulande oft schwer, ihre politischen Koordinaten zu finden. Da gibt es eine Partei, die SVP, die den Wählerinnen und Wählern vorgaukelt, die heimat treue Volksvertretung zu sein. Wird es dann konkret, so wird dem vaterländischen Wählersegment vielfach in den Rücken gefallen.

Beispiele gefällig?

– Vor allem vor den Wahlen gibt die SVP vor, die **Massenzuwanderung** in unser Land stoppen oder eindämmen zu wollen. Dabei ist sie aber selber ein Teil der Ursache der

POSTCODE 1

AZB 3001 Bern

Fehlentwicklungen im Überfremdungsbe- reich. So muss darauf hingewiesen werden, dass die SVP sämtliche Überfremdungsinitiativen der NA bis aufs Blut bekämpfte. Arbeitskräfte, sofern billig und willig, waren und sind willkommen, und selbst bei der Diskussion um das Referendum gegen die Ost-Zuwanderung agierte die SVP mit angezogener Handbremse. So wollte man den auf gut qualifizierte Fachkräfte

aus dem Ausland schielenden Wirtschaftsflügel innerhalb der Volkspartei nicht verärgern.

– In der Vernehmlassungsantwort vom 28. Februar 2006 hat die SVP ausdrücklich die **Aufhebung der Lex Koller** befürwortet. Sie nimmt somit zynisch in Kauf, dass unser wertvoller Heimatboden künftig schrankenlos an reiche Ausländer verschachert werden soll.

– Nach zahlreichen Protesten aus der Bevölkerung will die SVP das **Antirassismusgesetz** aufheben oder, wie sie nebulös formuliert, korrigieren. Auch hier muss laut und deutlich unterstrichen werden, dass die SVP vor etwas mehr als zwölf Jahren die JA-Parole zu diesem Gesetz verfasste und sämtliche eidgenössischen SVP-Parlamentarier damals diesem Gesetz zustimmten.

– **«Das Rütli ist nur eine Wiese mit Kuhdreck!»** Das sagt kein linker Sponti, sondern SVP-Präsident Ueli Maurer. Ich bin mir bewusst, dass man auf der politischen Bühne auch mal etwas unglücklich formulieren kann. Oder man wird von den Medien falsch oder nicht ganz richtig zitiert. Trotzdem scheint mir das Zitat von Ratskollege Maurer symptomatisch dafür, wie viel die SVP von gelebtem Patriotismus hält.

Im Zentrum der SVP-Politik steht eine neoliberale Weltanschauung, die geprägt von einer grenzenlosen Wachstumsideologie ist. Wie oft hörte ich in meiner bald achtjährigen Tätigkeit im Nationalrat von Seiten der SVP, dass «die Wirtschaft» eben dies und das dringend brauche oder man es ihr nicht verwehren dürfe, dass «die Wirtschaft» zwar keine Neger brauche, weil diese nicht arbeiten könnten, aber Fachkräfte aus dem Ausland durchaus willkommen seien, dass der Wirtschaftsaufschwung nur optimiert werden könne, wenn wirtschaftshemmende Bestimmungen wie z. B. das Bundesgesetz



*Für uns Schweizer Demokraten ist das Rütli nicht «eine Wiese mit Kuhdreck», wie es SVP-Maurer formulierte, sondern der wichtigste Symbolort der Schweiz.
Bild: Fahnen Schwinger auf dem Rütli*

gegen den Ausverkauf der Heimat endlich abgeschafft werden könnten. Patriotische Gefühle werden immer dann angerufen, wenn es gilt, bei Wahlen oder Abstimmungen einen Vorteil zu erzielen. Oder wenn es gilt, gegen die einzig wirkliche heimat treue Partei, die Schweizer Demokraten, zu riegelein, damit keine Wählerabwanderung zurück zu uns möglich wird.

Patriotismus ein Fremdwort

In der letzten Legislaturperiode ist es zwei Mal geschehen, dass die SVP zähneknirschend auf den fah-

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 1.-August-Feier
- 4 Ist unser Selbsterhaltungstrieb noch intakt?
- 5 SD wollen Rassismustrafnorm abschaffen
- 6 Leben und Umwelt
- 8 Veranstaltungshinweise
- 9 JSD-Standpunkt
- 11 Schluss mit der Abzockerei!
- 12 Der Leser hat das Wort

Missbrauchte Patrioten

Fortsetzung von Seite 1

renden Patriotenzug aufgesprungen ist. Nachdem wir Schweizer Demokraten das Referendum gegen die Ost-Personenfreizügigkeit federführend lanciert hatten, konnte die sogenannte Volkspartei nicht anders als, wenn auch nur halbherzig, mitmachen. Dass Lohndruck und Sozialabbau bei Schweizer Bürgern der SVP eigentlich egal ist, mindestens solange für ihre Unternehmer, Baumeister und Architekten die Kasse stimmt, ist augenfällig. Auch mit den Ost-Milliardenzahlungen konnte die SVP solange leben, bis SD und Lega im Nationalrat mit dem Referendum drohten. Dass die SVP zudem gar keine heimatbewusste Partei sein kann, zeigt, dass sie in wichtigen ökologischen Fragen wie Heimat-, Umwelt- und Tierschutz keine Sensoren besitzt. Fazit: Die SVP hat sich bedingungslos den Gesetzen des Marktes unterworfen.

Eine-Welt-Ideologie als Gefahr

Die Schweizer Demokraten sehen wie beinahe sämtliche europä-

schen Freiheitsbewegungen die Eine-Welt-Machtbestrebungen der USA als Gefahr. Nicht so die SVP. Als einzige Partei im Nationalrat verteidigte sie kürzlich die internationalen Aktivitäten der USA (und auch Israels). Die USA stehen aber für Völkervermischung, Kulturnivellierung, Dekadenz und schrankenlose Freiheit im Dienste des Kapitals. Fazit: Die SVP ist in ihrem Geist und Handeln die Partei der Amerikaner. Zudem ist die SVP in vielen geopolitischen Überlegungen im Geiste des Kalten Krieges stehen geblieben. Die jüngsten russlandfeindlichen Artikel in der «Schweizerzeit» sind nicht förderlich, den Frieden in Europa zu sichern. Für die SD hingegen muss es das Ziel sein, die Freundschaft und Zusammenarbeit mit Russland weiter auszubauen und zu vertiefen und Demokratie und soziale Sicherheit gemeinsam mit Russland zu stärken.

Gemeinschaft statt Ellenbogengesellschaft

Die SD fühlen sich den sozial Schwachen unseres Volkes verpflichtet. Wer keine Ansprüche aus dem Sozial- und Rentenversicherungssystem ableiten kann, hat

auch keinen Grund, sich ohne Arbeit in der Schweiz aufzuhalten. Aufgabe der Eidgenossenschaft ist es, dem Wohl des eigenen Volkes zu dienen und nicht den Profiten multinationaler Konzerne. Dabei ist jeder Einzelne in der Gemeinschaft unseres Volkes ein wichtiger Bestandteil unserer Kultur, Geschichte, Sprache und Entwicklung. Der SVP sei ins Stammbuch geschrieben: Die Wirtschaft hat dem Volk zu dienen und nicht umgekehrt. Die von den Bundesratsparteien rücksichtslos vorangetriebene Globalisierung fördert die gemeinschaftsschädigenden Interessen asozialer Kapitalisten und führt zwangsläufig zu Arbeitslosigkeit und sozialer Ungerechtigkeit.

Globalisierungswahn

Die Hauptursache der sozialen Missstände ist die Politik der Globalisierung, die vom starken wirtschaftsliberalen Flügel der SVP bis zur SP, von der FDP bis zur CVP betrieben wird. Die Globalisierer zerstören aber die Mechanismen, die ein Staat benötigt, um eine eigenständige Wirtschaftspolitik zum Wohl des Volkes zu betreiben. Infolge dieser Globalisierungspolitik lastet auf den einheimischen

Unternehmen ein Kostendruck, der eine der Hauptursachen für die Einschnitte ins soziale Netz und das gegenwärtige Lohnniveau ist. Trotz des Lohndumpings und des Sozialabbaus wurden in den letzten Jahren Zehntausende von einheimischen Arbeitsplätzen ins Ausland exportiert, da dort billiger produziert werden kann. Infolge fehlender nationaler Zölle können die Waren ohne Schwierigkeiten in der Schweiz verkauft werden.

Dieser «Arbeitsplatzexport» spielt sich derzeit noch überwiegend im Bereich der so genannten minderqualifizierten Tätigkeiten ab. Deshalb ist auch von der SVP, welche sich gerne als die Vertreterin des Mittelstandes und des Kapitals sieht, keine nennenswerte Opposition gegen Globalisierungsdruck, Lohndumping und Sozialabbau zu erwarten. Zahlreiche SVP-Exponenten degradieren die einheimischen wie die ausländischen Arbeiter und Arbeitnehmenden zum reinen Produktionsfaktor. Deshalb braucht es auch weiterhin eine patriotische und nationalkonservative Partei mit einem starken sozialen und ökologischen Gewissen – die Schweizer Demokraten!

Muslimische Zeitbombe tickt...

Auf unserer Fahne, dutzendfach auf unseren Pässen, in Wappen und Dokumenten ist das Kreuz gedruckt, geprägt oder aufgemalt. Wir legen Eide bei Mobilisierung, Gerichten und Ämtern auf dieses Zeichen ab, schwören auf Bibel und christliche Verfassung. Das Kreuz ist auch für mich Kultur, Leben und Sinnggebung; ein Beispiel ersten Ranges ist für uns alle an diesem Kreuz gestorben. Für Muslime ist das Kreuz eine Beleidigung, ja eine totale Zumutung, es ist ein Fluch, eine «seelische Grausamkeit»! Muslimische Länder haben das IKRK gezwungen, die Rot-Kreuz-Fahne zu ändern. Das weisse Kreuz wurde durch einen gelben Halbmond ersetzt.

Die internationale Computerschrift (englisch) ist für Muslime unerträglich. König Saud hat Millionen eingesetzt, um das X und Y aus der Tastatur zu verbannen; es gleicht zusehr dem so verhassten Kreuze... Der Koran fordert ausdrücklich: «Ungläubige» (Nicht-Muslime) sollen und dürfen angelegen, ja regelrecht und möglichst oft aufs «Kreuz gelegt» werden. Es ist eine Ehre, ein Verdienst und eine Verpflichtung, «Ungläubige» so zu bestrafen. Scheich Abd Al Azia

ruft im amtlichen saudiarabischen TV zum Hass auf Christen auf: «Jeder Muslim, der einen Ungläubigen nicht hasst, ist kein wahrer Muslim...» In den Schulbüchern werden Christen und Juden als Affen und Schweine dargestellt. Gemäss UNO sterben alleine in Afrika pro Jahr rund 40'000 Christen durch Muslimhand, Hunderttausende werden verkauft, vergewaltigt, vertrieben und versklavt. Christliche Schulen, Spitäler, Kirchen und Missionen brennen. Die Türkei bestand vor Jahren noch aus 35 Prozent Christen, heute sind es noch wenige hunderttausend. Totale Diskriminierung, Verfolgung und Mord sind Alltag – gleichzeitig will dieses Land in die EU.

Immer wieder werden Hunderte eingebürgert; meistens mehr als die Hälfte davon Muslime. Wie aber können «Volksvertreter» oder Regierungsräte solches verantworten? Sehr bald werden die eingebürgerten Muslime die Abschaffung des Schweizerkreuzes fordern. Auch die Zeitbombe der Konfrontation tickt täglich lauter, denn nirgends auf dieser Welt habe ich ein Land erlebt, wo Muslime mit anderen Religionsgruppen

friedlich und konstruktiv zusammenleben können. Schlimm wird die Lage erst, wenn Muslime eine starke Minderheit oder eine Mehrheit bilden. Selbst aufgeschlossene, hoch gebildete, ja moderne Muslime mussten stets (zur eige-

nen Sicherheit) die extremen muslimischen Vorstellungen vertreten und einhalten. Darum, solche Einbürgerungen sind verantwortungslos – ja hirnos!

Willy Schmidhauser, Dettighofen

Bevölkerungszahl muss nicht zwangsläufig steigen

Gemäss Bundesamt für Statistik soll die Zahl der Bevölkerung in der Schweiz bis ins Jahr 2030 auf 8,2 Millionen Menschen wachsen. Bei diesen Prognosen erinnert man sich an die Voraussagen aus den 70er-Jahren von Professor Kneschaurek von der Hochschule St. Gallen, der eine Bevölkerungszahl von 10 Millionen bis zum Jahr 2000 prophezeite.

Bei solchen Voraussagen muss man sich schon fragen, ob diese nicht auf gar wackligen Grundlagen basieren. Erfreulicherweise stimmte das Schweizervolk im letzten Jahr dem revidierten Ausländer- und Asylgesetz zu. Damit wurde bereits der Zustrom in unser bereits überfülltes und über-

fremdetes Land etwas gebremst. Ebenfalls hängt ein Bevölkerungswachstum auch von der wirtschaftlichen Lage ab. Wer weiss schon, wie sich die Konjunktur in zehn oder gar zwanzig Jahren entwickeln wird.

Vielleicht gibt es auch in der Politik ein Umdenken in der Einwanderungspraxis. Mehr Menschen in einem begrenzten Lebensraum bedeuten mehr Strassenverkehr, mehr Energieverbrauch, mehr Verlust an Kulturland usw.

Hoffen wir, dass die Bevölkerungszahl, zum Wohl aller Bewohner unseres Landes, nicht weiter ansteigt.

Kurt Koller, Lichtensteig

1.-August-Feier 2007 der Schweizer Demokraten

Trinkhalle am kleinen Rügen in Matten bei Interlaken

Liebe Parteifreunde

die SD-Sektion Berner Oberland hat die Ehre, Sie und Ihre Familienangehörigen nach Matten (bei Interlaken) zur 1.-August-Feier einzuladen.

Festprogramm:

- 10.00 Eintreffen der Gäste in der Trinkhalle am kleinen Rügen, in 3800 Matten bei Interlaken
- 10.30 Gemeinsames Singen des Schweizerpsalms
- 10.35 Musik aus der Umgebung
- 10.45 Begrüssung durch den SD-Sektionspräsident Walter Brunner
- 10.55 Grussbotschaft der Gemeinde Matten durch eine Gemeindevertretung
- 11.15 Musikalische Unterhaltung
- 11.30 Ansprache von Nationalrat Bernhard Hess, SD-Präsident
- 12.15 Musik und gemeinsames Mittagessen
- 13.30 Überraschungsprogramm
- 14.00 Kaffee, Kuchen **und** «im Freien» Armbrustschieszen
- 15.30 Rangverkündigung
- 15.45 Verabschiedung durch den SD-Kantonalpräsident Roland Schöni
- 15.50 Ende des offiziellen Teiles**
- 18.00 gemütliches Grillieren (nur auf Bestellung)
- 21.00 Verlassen die Letzten diese historische Anlage am Rügen in guter Erinnerung

Menü:

Kartoffelsalat und heisser Hammen	1. Portion Fr. 8.00	weitere Portionen Fr. 2.50
Kaffee, Tee, Mineral, Wein und Bier	siehe Getränkeliste vor Ort	
Gebäck, gemacht von unseren Frauen	Fr. 2.00	(für die SD-Sektionskasse)

Anreise:

Bahn; Bahnhof **Interlaken West** (siehe SD-Fahrzeug beim Ausgang Migros) **Telefon: 076 355 90 95**

Motorfahrzeug aus Richtung Bern:

(«Nach» dem Rugentunnel) **Ausfahrt Matten / Wilderswil links abbiegen**, ins Dorf Matten fahren, nach der Tamoil-Tankstelle links kommt eine leichte Rechtskurve **mit Abzweigung links!** Diese Abzweigung befahren, bis eine Unterführung kommt, anschliessend **rechts abbiegen**. Geradeaus das steile Strässchen hochfahren. Vis-à-vis ist die Rügenbrauerei mit grossem Parkplatz, den wir benutzen dürfen (beachten Sie aber, dass Werkverkehr betrieben wird). Weiter geht es zu Fuss oder mit dem SD-Fahrdienst (zu Fuss ca. 3 Minuten).

Motorfahrzeuge aus Richtung Brünigpass:

Ausfahrt Matten / Wilderswil («nach» Ausfahrt Bönigen), **rechts abbiegen**, dann wie oben.

ANMELDUNG:

Name: _____ Vorname _____ Anzahl Personen: _____

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____ Telefon: _____

E-Postadresse: _____ Essen: **JA oder NEIN** Grillieren: **JA oder NEIN**

Einsenden an: Schweizer Demokraten Berner Oberland, Postfach 88, 3806 Bönigen
Per E-Post an: roland-schoeni@bluewin.ch Einsenden bis am: **25. Juli 2007**

Ist unser Selbsterhaltungstrieb noch intakt?



Der Monatskommentar von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat, Köniz

Während diese Frage zur Zeit des Nationalsozialismus noch vorbehaltlos bejaht werden konnte – Ausnahmen gibt es immer – fällt dem Beobachter der heutigen gesellschaftlichen und politischen Realität die Antwort schwer. Einfach «nein» zu sagen, hiesse: «Den voraussehbaren Untergang des eigenen Volkes einfach hinzunehmen.»

Dagegen sträubt sich mein ganzes Inneres; zu sehr liebe ich dieses Volk und seine Kultur, zu sehr bin ich mit allen Fasern meines Seins mit eben diesem Volk verbunden. Und doch muss man sich immer wieder fragen, ob wir noch zu angemessenen Reaktionen fähig seien, da uns die «Zeichen an der Wand» bloss noch zu einem Achselzucken bewegen.

Wie steht es mit dem Kinderwunsch?

Immer wieder können wir lesen, dass sich unser Volk mit weniger als 1,2 Kindern pro Frau (2,1 Kinder wären zur Substanz-Erhaltung nötig!) innert 2 Generationen (das sind 60 Jahre!) in eine Minderheitssituation hineinmanövriert. Die entstehenden Lücken werden eben durch Einwanderung aus aller Herren Ländern rasch und wirksam gefüllt. Schon jetzt sehen,

hören und erfahren wir die Folgen allüberall. Und was tun wir? Nichts! Wie wäre es

- wenn wir unseren jungen Leuten immer wieder nahe bringen würden, dass die Weitergabe und Pflege des Lebens eine der vornehmsten Aufgaben jeder Frau, jedes Mannes ist;
- wenn wir die Mutterschaft, die Übernahme der Pflege und Erziehung unserer Kinder wichtiger einstufen würden als die Berufskarriere;
- wenn wir die steuerliche Entlastung kinderreicher Familien ernsthaft betreiben würden;
- wenn wir aufhören würden, den Lebensraum unserer Kinder weiter zu zerstören durch Zubetonierung der letzten Oasen in unseren Städten und Dörfern?

Wie steht es mit der Bewahrung unseres kulturellen Erbes?

Zu unserer Kultur gehört auch unsere christliche Religion. Was tun wir, um diese lebendig zu erhalten? Wenn man die Sonntags-Gottesdienste besucht, wähnt man sich in einem Altersasyl. Die öffentlichen Prozessionen, Bittgänge und Auffahrts-Umritte werden noch als Relikte aus einer fernen Kultur-epoche da und dort als Ausflugsgrund wahrgenommen. Als lebendiges Zeugnis christlichen Bewusstseins von der Abhängigkeit vom Schöpfer Gott werden sie kaum noch verstanden. – So kommen sie ganz schnell unter Verdrängungsdruck wegen angeblicher Provokation andersgläubiger Einwanderergruppen.

Wie wäre es

- wenn wir uns regelmässig in grosser Zahl mit unserem Nachwuchs zum gemeinsamen Gebet versammeln würden, statt gegen den Bau von Minaretten eingewanderter Muslime zu protestieren;
- wenn wir die hergebrachten religiösen Bräuche in unseren Familien wieder pflegen würden, statt uns von einer entgleisten Konsum-Euphorie vereinnahmen zu lassen;
- wenn wir alle Versuche entschieden ablehnen würden, die christlichen Zeichen und Gebräuche aus den Schulen zu verbannen – angeblich um die Gefühle muslimischer Einwanderer zu schonen?

Zu unserem kulturellen Erbe gehört auch unsere Landschaft mit ihren Dörfern und Städten. Wenn wir es weiter zulassen, dass dem Wachstumswahn zuliebe die Städ-



2,1 Kinder pro Frau sind zur Erhaltung der Schweizer nötig!

te krebbsartig wuchernd die umliegenden Gebiete verschlingen, ein dauernd zunehmender Verkehr die Landschaft denaturiert, belärmt, in immer kleinere Partikel zerschneidet, geht eine wichtige Basis unserer Kultur verloren.

Wie wäre es

- wenn wir überall das materielle Wachstum in Schranken weisen würden;
- wenn wir ein dynamisches Bevölkerungsgleichgewicht mit dem Ziel einer langfristigen Annäherung an z.B. 6,5 Mio Menschen anstreben würden;
- wenn wir die Einwanderung nur noch im Rahmen der Auswanderung zulassen würden;
- wenn wir die Basis unserer Freiheit, das für die Lebensmittelsicherung unentbehrliche Kulturland, rigoros schützen würden?

Der kulturelle Rahmen zur Selbsterhaltung unseres Volkes müsste damit entscheidend verbessert werden.

Geordnet gelebte Sexualität ist eine enorme Kraft

zur Sicherung des Nachwuchses und zur immer wiederkehrenden Stärkung der Paarbindung, die für die «Brutpflege» so wichtig ist. Durch die systematische Zerstörung der jahrhundertlang bewährten Moralvorstellungen, den hemmungslosen Missbrauch der sexuellen Gefühle als Werbemittel (für Zigaretten, Unterwäsche, Autos bis Feriendestinationen usw.), die Verabsolutierung des Sex-Genusses in der öffentlichen Wahrnehmung, die Zerstörung klarer Ordnungsfunktionen durch den

Gesetzgeber (Scheidungsrecht, Konkubinats-, Ehe- und Kindesrecht usw.) ist diese Kraft zu einer zerstörerischen Kraft geworden. Sie bedroht den gesellschaftlichen und familiären Zusammenhalt, die Wahrnehmung einer unserer individuellen Hauptaufgaben – der Pflege des Nachwuchses und der individuellen Existenz-Sicherung im Alter und bei Krankheiten durch die Familie.

Wie wäre es

- wenn wir für das sexuelle Leben wieder einen geordneten Status als verbindlich erklären würden;
- wenn auf den kommerziellen Missbrauch der sexuellen Lustgefühle in gemeinschaftlicher Vereinbarung oder durch einschränkende Gesetze verzichtet würde;
- wenn generell abgegebene Treue-Versprechen (Eheringe als äusseres Zeichen) wieder respektiert würden?

Lassen nicht schon diese wenigen Andeutungen den Schluss zu, dass enorme Kräfte zur Selbsterhaltung unseres Volkes neu geweckt werden könnten?

«Lüge und Trug» als Gefährdung jeglicher Existenzsicherung

Im privaten und geschäftlichen Leben ist sich jedermann bewusst, dass die Funktionsfähigkeit der Gemeinschaft ohne Wahrhaftigkeit in höchstem Masse gefährdet ist. Der Rechtssicherheit wird denn auch mit dem ZGB und dem OR ein weit entwickeltes, klares Regelwerk gewidmet. Die Gerichtsbarkeit bemüht sich um den Schutz der Rechtsansprüche und das Funktionieren der Beziehungen zwischen den Rechtssubjekten. Weniger gut steht es um die Wahrhaftigkeit im politischen Leben sowohl innerstaatlich wie auch international. Bei Abstimmungskämpfen zu Sachfragen werden ungestraft die dicksten Lügen verbreitet, Hypothesen als Tatsachen dargestellt. Die Urheber zählen dabei auf das kurze Gedächtnis des Souveräns. Über Halbwahrheiten, bzw. das Verschweigen von Informationen wurde unser Volk in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten immer wieder auf die schiefe Ebene geführt. Die Gefahr des Absturzes in die Abhängigkeit fremder Potentaten ist mittlerweile offensichtlich geworden. Als jüngste Beispiele seien die «Nachführung» der Bundesverfassung oder die sich jagenden Ar-

Fortsetzung Seite 5

Naher Osten – Korrigendum

100 000 und nicht 10 000!

In der SD-Nr. 4/5 2007 hat sich auf Seite 6 leider ein Druckfehler eingeschlichen. In der letzten Spalte, zirka in Seitenmitte, steht, dass «...durch die totale Luftüberlegenheit Israels die ca. 10 000 ägyptischen Bodentruppen, die seit dem Abzug der UNO-«Schutztruppe» in den Sinai einmarschiert waren, vollkommen schutzlos waren.» Richtig muss es heissen 100 000 (hunderttausend). Wir bitten unsere Leserschaft um Entschuldigung.

SD wollen Rassismusstrafnorm abschaffen

Unter dem Motto «Patriotismus gewinnt!» haben die Schweizer Demokraten (SD) am Samstag, 5. Mai 2007, ihre ordentliche Delegiertenversammlung in Wattwil/SG abgehalten. Dabei wurde der Berner Nationalrat Bernhard Hess als Zentralpräsident wiedergewählt.



Bernhard Hess konnte in seinem Bericht zur Lage der Partei auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2006 zurückblicken. Finanziell steht die Partei schuldenfrei da. Es konnte sogar noch ein Reingewinn von einigen zehntausend Franken erwirtschaftet werden. Dieser Betrag fliesst vollumfänglich in den SD-



Kampffonds «gegen den Ausverkauf der Heimat». Auch die Auflage der Parteizeitung konnte massiv gesteigert werden. So bescheinigte die Werbemedienforschung (WEMF) für das vergangene Jahr der Monatspublikation «Schweizer Demokrat» eine adressierte Auflage von 11473 Exemplaren, was eine



Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 1581 Exemplaren bedeutet. Etwa die Hälfte der Neuabonnenten haben sich zusätzlich auch als SD-Mitglieder einschreiben lassen. Augenfällig ist auch die Tatsache, dass ungefähr zwei von drei SD-Neumitglieder unter dreissig sind.

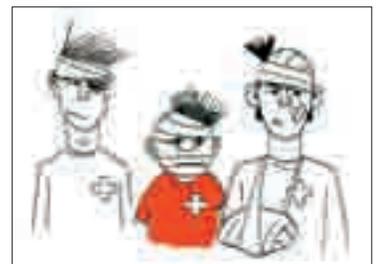
Mit einer neuen Volksinitiative wollen die SD das Antirassismugesetz (ARG) abschaffen. Die Meinungsäusserungsfreiheit soll, so der neue Zusatz in der Verfassung, «durch keinerlei Bestimmungen eingeschränkt» werden dürfen. Gemäss SD-Präsident Bernhard Hess gebe es auch ohne ARG juri-



stische Möglichkeiten, gegen Beschimpfungen vorzugehen. Die Unterschriftensammlung beginnt im August – vorausgesetzt, die Initiative kollidiere nicht mit internationalem Recht. Diese Frage hat Nationalrat Hess in der Frühlings-session beim Bundesrat einge-



reicht. Eine Antwort steht noch aus. Aufgehheitert wurde die Delegiertenversammlung insbesondere bei der Vorstellung des neuen SD-Maskottchen «Walterli», welches als sofort die SD-Nationalratswahlkampagne begleiten wird und unter anderem darüber wachen soll, dass der SVP-Geissbock «Zottel» nicht falsche Bocksprünge macht.



Schweizer Demokraten (SD),
Roland Schöni,
SD-Zentralsekretär

Ist unser Selbsterhaltungs...

Fortsetzung von Seite 4

meereformen genannt, die via die PFP in die Aufgabe der Neutralität münden.

Noch schlimmer sieht es im internationalen Leben aus. Hier das Zitat der Aussage eine ranghohen Beraters der Bush-Administration, die in der «New York Times» nachzulesen war:

«Leute wie euch nennen wir realitätsfixiert. Ihr glaubt, dass sich Lösungen durch die sorgfältige Analyse der Wirklichkeit ergeben. So funktioniert die Welt nicht mehr. Wir sind ein Imperium. Wenn wir handeln, schaffen wir unsere eigene Realität.»

Mit dieser Haltung der zur Zeit einzigen Weltmacht

– sind die jüngsten Kriege im Balkan, in Afghanistan, im Irak, im Libanon und anderswo ausgelöst worden;

– ist der Lügen-Jargon der Pfp, Nation-building, Friedenseinsätze,

Terrorbekämpfung, Schurkenstaaten usw. zu verstehen und zu werten;

– ist die systematische Behinderung von Wissenschaftlern zu beurteilen, die Resultate präsentieren, welche der Weltmacht nicht in den Kram passen (wie z.B. die Gesundheitsschäden der Kriegsveteranen, welche in den Golfkriegen, in Afghanistan und im Balkan mit der abgereicherten Uranmunition in Kontakt kamen; Klimaforschung – Ursachen und Folgen der Klimaveränderung; Unterminierung der Weltwirtschaft mit dem amerikanischen Falschgeld, das nicht einmal das Papier wert ist, auf dem es gedruckt wird; Fragwürdigkeit der symptomorientierten, pharmazeutisch gelenkten Schulmedizin; die Folgen für die Ernährungssicherheit der Völker wegen der gentechnisch veränderten Pflanzen mit den zugehörigen Pestiziden und Düngemitteln usw. usf.)

Mit kindlichem Glauben an die Grösse und Güte der USA nehmen wir alles hin. Wir wollen nicht einmal mehr realisieren, dass wir alle durch die Unwahrhaftigkeit der Mächtigen in der Politik existenziell bedroht sind.

Was wäre,

– wenn wir immer wieder lautstark protestieren würden gegen die Unwahrhaftigkeit in der Politik?

– wenn wir unser Konsumverhalten bewusst einsetzen würden, um damit den lügenhaften Repräsentanten in Wirtschaft und Politik unsere Unterstützung zu entziehen?

– wenn wir uns zu einer konsequenten Haltung zum Schutze der Lebensinteressen von uns und der kommenden Generationen durchringen würden?

Liebe Leserinnen, liebe Leser, es ist spät – aber es ist noch nicht zu spät! Reaktivieren wir unseren Selbsterhaltungstrieb und handeln wir im Alltag danach!

Parolen SD Kanton Zürich

Kantonale Volksabstimmung vom 17. Juni 2007:

1. a) Gesetz über die ärztlichen Zusatzhonorare **Ja**
- b) Gegenvorschlag von Stimmberechtigten **Nein**
2. Volksinitiative «Chancen für Kinder» **Nein**

Das Gesetz über die ärztlichen Zusatzhonorare ermöglicht, dass nicht nur die Kaderärzte, sondern fairerweise auch weiteres engagiertes Personal einen Anteil an den Honoraren von Privatpatienten erhalten. Mit der Volksinitiative «Chancen für Kinder» werden Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien mit Kindern im Vorschulalter verlangt. Die Schweizer Demokraten wollen indessen eine gezielte Förderung von Schweizer Familien mit Kindern, nicht einen Anreiz an die ohnehin überaus fortpflanzungsfreudigen Zuwanderer aus exotischen Ländern, sich noch stärker zu vermehren.



Ablenkungsmanöver?

Der Schutz des Weltklimas vor einem Wandel Richtung unumkehrbarer Erwärmung durch die Treibhauswirkung des Kohlendioxidausstosses in die Atmosphäre beherrscht zurzeit die öffentliche Diskussion von Umweltfragen und Ökologie derart, dass man sich unwillkürlich fragen muss, ob es sich dabei um ein politisches Ablenkungsmanöver handle. Denn die drohende weltweite Klimaerwärmung ist bestimmt nicht das einzige Umweltproblem, vor dem wir stehen. Erstens ist die Schweiz ein kleines Land, und auch wenn zuzugeben ist, dass es überdurchschnittlich bevölkert und industrialisiert ist, so ist der Anteil, welches es zur Lösung des Problems leisten kann, doch verschwindend klein, besonders wenn grosse Länder, allen voraus die USA, sich vorläufig verweigern. Zweitens sind Umweltfragen komplex, entsprechend der vernetzten Struktur von Ökosystemen. Erfolgversprechende Eingriffe sind deshalb nicht einfach. Und drittens handelt es sich um Fragen, die für einen kurzlebigen Zeitgeist völlig ungeeignet sind. Deren Lösung wird generationenlange Anstrengungen erfordern.



(Aus: Oekoskop)

Einverstanden, auch die Schweiz soll ihren Anteil an der Lösung leisten. Aber wir sollten darob nicht vergessen, dass wir Dutzende von Umweltproblemen haben, die rein regional oder lokal sind und uns ebenfalls bedrohen. Der Verdacht drängt sich auf, dass das einseitige Hochspielen des Weltklimas uns davon abhalten soll, unsere regionalen und lokalen ökologischen Probleme anzugehen. Eines der

brennendsten ist die zuwanderungsbedingte Bevölkerungs- und Industriekonzentration auf dem Territorium Schweiz durch die kritiklose Befürwortung eines so genannten Wirtschaftswachstums. Dessen Lebensgrundlagen werden damit schrittweise zerstört. Es ist enorm, was in der Schweiz zurzeit an allen Ecken und Enden verbaut wird! Es ist einfach nicht wahr, dass alle Umweltprobleme global sind und nur weltweit gelöst werden können. Das regionale Klima stark bevölkerter und überbauter Zonen, von Grossstädten und Agglomerationen, ist übrigens immer wärmer als dasjenige unverbauter Gebiete!

Es ist in gewissen Umweltschützerkreisen Mode geworden zu behaupten, es komme ökologisch gesehen nur auf die Gesamtbevölkerung des Planeten an, die Verteilung dieser Bevölkerung über den Lebensraum sei bedeutungslos. Mit dieser Behauptung soll das Aussterben ganzer Völker durch geringe Geburtenziffern und ihren Ersatz durch eine Einwandererbevölkerung gerechtfertigt werden. Sie ist falsch, oberflächlich und kritiklos und entspricht der zurzeit weit verbreiteten Globalisierungsideologie. Bevölkerungsmassierungen und durch den Arbeitsplatzbedarf damit zusammenhängend industrielle Konzentrationen sind sehr wohl ökologisch bedeutsam. Durch sie werden die örtlichen Lebensgrundlagen, etwa die örtliche Flora und Fauna, zerstört. In einer solchen Welt sind die Mäuse, Ratten, Spatzen, Insekten und Spinnen die einzigen noch frei lebenden Tiere. Zudem nehmen Verhaltensstörungen, Neurosen, Süchte und die rohe Gewalt zu, weil die Menschen – übertragen gesprochen – durch die hohe Bevölkerungsdichte einander seelisch auf den Hühneraugen herumtreten. Schliesslich wird die ganze Gesellschaft politisch nicht mehr führbar, weil durch die Multikulturalität – oder anders ausgedrückt – die allgemeine Fremdheit innerhalb dieser, jedes Gemeinschaftsgefühl abgetötet wird.

Jean-Jacques Hegg, e. Nationalrat

Volksinitiative «Lebendiges Wasser»

Die am 21. Januar 2005 offiziell lancierte Volksinitiative «Lebendiges Wasser (Renaturierungs-Initiative)» ist zustande gekommen. Der Schweizerische Fischerei-Verband (SFV) konnte am 3. Juli 2006 der Bundeskanzlei 162 646 Unterschriften übergeben, von denen 161 836 als gültig anerkannt wurden. Aus Fischereikreisen stammten rund 127 000 Unterschriften, die restlichen Unterschriften wurden von Naturschutz- und andern zielverwandten Organisationen beigegeben. Der SFV konnte damit zum zweiten Mal innerhalb von 22 Jahren den Beweis antreten, dass er initiativfähig ist, obwohl er sich punkto Mitgliederbestand nicht mit den grossen Umweltorganisationen messen kann. Die 176 887 gültigen Unterschriften für die Volksinitiative «zur Rettung unserer Gewässer», die am 9. Oktober 1984 eingereicht worden war, wurden ebenfalls mehrheitlich von Fischereivereinen gesammelt.

Zielsetzungen

Mit der Initiative verfolgen die Fischer zwei zentrale Zielsetzungen. Zum einen sollen die finanziellen Mittel für die dringend erforderlichen Renaturierungsmassnahmen (mit Einschluss der gesetzlich bereits vorgeschriebenen Restwassersanierungen) bereitgestellt werden. Zu diesem Zweck werden die Kantone verpflichtet, einen

Renaturierungsfonds zu errichten, über dessen Äufnung der Bundesgesetzgeber nähere Vorschriften erlassen soll. Eine solche Lösung funktioniert im Kanton Bern seit dem Jahre 1998 zur Zufriedenheit der Bevölkerung. Zum andern will die Initiative den direkt berührten



Organisationen sowie den gesamtschweizerischen Fischerei- und Naturschutzverbänden ein gerichtlich durchsetzbares Antragsrecht für die Durchführung von Renaturierungsverfahren einräumen. Wie beim bisherigen Beschwerderecht kommt den Organisationen keinerlei Entscheidungsrecht, sondern nur die Befugnis zu, ihre Anliegen unabhängigen richterlichen Instanzen zur Beurteilung zu unterbreiten.

Aus: Aqua viva

Tschernobyl – schmutzigste Gegend!

Die US-Umweltschutzorganisation Blacksmith Institute in Neuyork hat die zehn am meisten verschmutzten Orte der Welt benannt. Tschernobyl führt. Das seit der Reaktorkatastrophe von 1986 radioaktiv verseuchte Gebiet gehört nach der Umweltstudie zu den weltweit zehn am meisten verschmutzten Orten. Zweidrecksgrösster Ort in Europa ist die russische Stadt Dserschinsk östlich von Moskau. Die weltweite Umweltverschmutzung mache bis zu einer Milliarde Menschen krank und sei in Entwicklungsländern für bis zu 20 Prozent der Todesfälle verantwortlich, so Richard Fuller, Direktor des Instituts. In den gelisteten Orten seien Boden, Luft und Wasser derart vergiftet, dass die Bewohner einem hohen Risiko ausgesetzt seien, Krebs oder schwere

Lungeninfektionen zu bekommen oder geistig behinderte Kinder zu gebären.

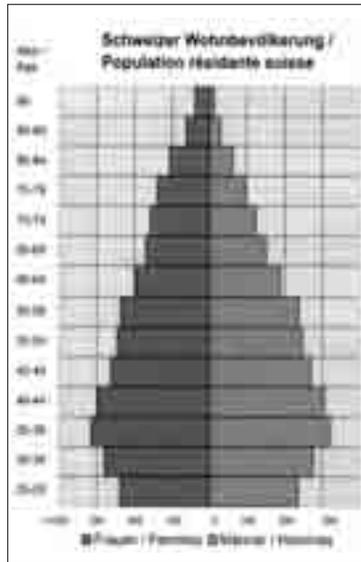
In Dserschinsk haben Männer eine durchschnittliche Lebenserwartung von 42 Jahren, Frauen von 47 Jahren. Die Stadt war zur Zeit des Kalten Krieges ein Zentrum für die Herstellung der sowjetischen Chemiewaffen, darunter Sarin und Senfgas. Die dabei verwendeten Chemikalien wurden in einer Wasser führenden Bodenschicht abgelagert. Diese versorgt die Stadt mit Trinkwasser.

Das Institut hat weltweit 300 Orte untersucht und daraus die zehn gelisteten Orte ausgewählt. Es wurde dabei von Umweltschutz-Experten an Universitäten und aus Unternehmen unterstützt, die auf Altlastensanierung spezialisiert sind.

Verzerrte Altersstruktur 2006!

Durch die Kombination Masseneinwanderung und ungenügende Geburtenziffer der Einheimischen sind die für Werk­­tätigkeit in Frage kommenden Generationen der Schweizer Wohnbevölkerung immer mehr verzerrt worden. Die jüngeren Jahrgänge sind Mangelware, während die Älteren proportional immer mehr zunehmen. Die Verzerrung droht, unsere sozialen Fürsorgeeinrichtungen einbrechen zu lassen, weil nämlich auch Einwanderer alt werden! Damit sollte der jahrelang gehörte und gelesene törichte Spruch von Überfremdungsbefürwortern, «die Fremdarbeiter bezahlen uns die Altersversorgung», in seiner Absurdität auch dem hintersten offenkundig geworden sein. Durch die gesetzliche Erleichterung der Abtreiberei und den Abbau der sie begleitenden Hemmungen wurde die un­gute Entwicklung noch gefördert. Auch Neuerungen wie die Duldung des Konkubinats, Homosexuellen-Ehen oder Aids dürften nicht gera-

de einen günstigen Einfluss auf die Demografie haben. Dass unter solchen Voraussetzungen das Rentenalter 62 immer illusionärer wird, sollte eigentlich allen einleuchten. Eher ist deren Erhöhung zu befürchten.



Eine der Ursachen des Landschaftsverbrauchs

Von Genf bis Romanshorn gleicht die Schweiz mehr und mehr einer grossen Stadt. Viele Gemeinden breiten sich nach wie vor in die Fläche aus und wachsen mit ihren Nachbargemeinden zusammen. Fachleute sprechen von einer Zersiedlung des Landes, von Siedlungsbrei.

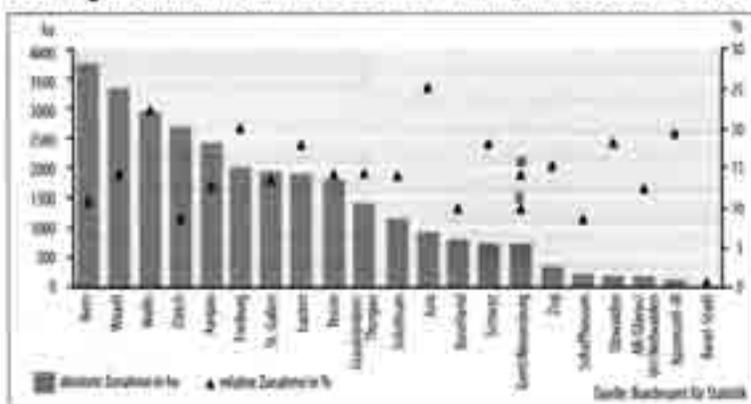
Grund für dieses Wachstum ist sicherlich die gute Wirtschaftslage dieser Periode, stieg doch auch die Zahl der Arbeitsstätten von 1985 bis 1995 um achtzehn Prozent an. Aber auch grossflächige, eingeschossige und nicht unterkellerte Logistik- und Einkaufszentren tragen ihren Teil zum Bodenverbrauch bei. Diesbezüglich wäre es geboten, vor einer Neunutzung von Landwirtschaftsland eine Umnutzung bestehender, brachliegender Industriearale zu prüfen. Leider sind oft die Preise von unbebauten Grundstücken im Vergleich zu bereits bebautem Land zu tief.

Heidi Haag in: *Natur und Mensch (Auszug)*

Konsumgesellschaft und Wirtschaftswachstum

Nicht nur das Wohnareal, auch das Industrie- und Gewerbeareal ist in den zwölf Jahren zwischen den Erhebungen der ersten und zweiten Arealstatistik um über 24 Prozent schweizweit gewachsen. Mit ein

Siedlungsflächenzuwachs in den Schweizer Kantonen 1979/87-1992/97



Nicht alles, was sich als «bio» bezeichnet, ist auch bio!

Misstände in der Zucht und Haltung von Hühnern

jhd. Bekannt ist, dass die männlichen Küken sofort nach dem Schlüpfen durch Vergasen getötet werden, weil ihre Mästung bis zur Reife, wo sie verspiesen werden können, zu lange dauern würde und deshalb unrentabel ist. Das ist aber nicht alles. Das Schicksal der weiblichen als Legehennen ist kaum besser. Selbst wenn diese Auslauf haben, nur die besten Körner zu fressen kriegen und nicht mit Medikamenten vollgestopft werden, weil man ihre Eier als hochwertige und teure «Bio-Eier» verkaufen will, werden sie schon nach einem Jahr getötet. Ihre Eierproduktion nimmt dann nämlich ab. Sie müssten sich zur Mauser zurückziehen können, eine Zeit, die sie zur Erholung brauchen und in welcher sie weniger Eier legen. Ihnen diese Zeit zu gönnen, wäre ebenfalls unrentabel. Dabei handelt es sich meist um hoch spezialisierte Züchtungen, die im Jahr über 300 Eier legen! Diese Eier sind an ihrer stark zerbrechlichen Schale erkennbar. Aber nicht ge-



nug damit. Nur etwa 10 Prozent dieser Hühner werden am Ende ihres Lebens als Suppenhühner gegessen. Der Rest ist unverkäuflich, und seine «Entsorgung» wird als finanziell derart belastend empfunden, dass etwa 70 Prozent einfach als Brennstoff endet. Das sind in der Schweiz 1,4 Millionen Hühner jährlich! Sie werden wie die männlichen Küken verbrannt (Aussage von Willi Lüchinger, Präsident der Gallosuisse). Ihre Verarbeitung zu Suppen und Bouillon käme zu teuer! Nur der kleine übrige Teil endet als Fleischabfall.

Biochemische Grundlage der Spielsucht

Wenn das Spiel zur Sucht wird, leiden das soziale Umfeld und das Portemonnaie des Zockers aber auch sein Körper. Das «Gamblen» macht den Spieler nicht nur psychisch abhängig, es bewirkt ähnlich wie bei Alkoholikern oder Heroinabhängigen – auch körperliche Abhängigkeit. Und die zeigt sich vor allem im Gehirn: Die biochemischen Spuren, die Spielsucht in den Hirnwindungen hinterlässt, gleichen denen einer Heroin- oder Alkoholabhängigkeit fast aufs Haar.

Ob beim Junkie, Raucher oder Zocker: Die Hirnareale, die zum «Belohnungssystem» gehören, sind bei jeder Art von Sucht und bei allen Süchtigen in ähnlichem Ausmass überaktiv. Zudem reagieren Spielsüchtige und Cannabisabhängige auf Sucht auslösende Reize mit einem praktisch identischen Muster an Gehirnströmen, wie die deutsche Suchtforscherin Sabine Grüsser von der Humboldt-Universität in Berlin vor wenigen Monaten auf der Jahrestagung der Society for Neuroscience vermeldete. Für ihre Experimente untersuchte Grüsser jeweils 15 Spielsüchtige und Cannabisabhängige und verglich sie mit ebenso vielen nicht abhängigen Gesunden. Den Test-

personen zeigte Grüsser fünf verschiedene Bilder: ein emotional neutrales (Wäschekorb), ein emotional positives (drei junge Hunde), ein emotional negatives (Zahnarzt), ein auf die Sucht bezogenes Bild (bei Gamblern ein Spielautomat, bei Kiffern eine Cannabispflanze) und ein Bild einer anderen Sucht (eine Stange Bier). Grüsser mass dann verschiedene körperliche Reaktionen der Testpersonen auf die einzelnen Bilder – unter anderem die Hirnströme. Dabei zeigte sich, dass das Hirn von Zockern beim Betrachten des Spielautomat-Bildes viel heftiger reagierte als bei Nichtspielern. Ähnlich starke Reaktionen riefen (bei allen Probanden) einzig die beiden emotionalen Bilder hervor. Praktisch das gleiche Bild ergab sich bei den Kiffern. Sie reagierten auf das Bild der Cannabispflanze besonders stark, während es Nichtkiffer praktisch ignorierten. Auf Grund ihrer Ergebnisse glaubt Grüsser nun, dass alle Süchte, egal ob stoffgebunden oder nicht im Hirn die gleiche Reaktion auslösen. Als Nächstes möchte die Forscherin vor allem nichtstoffliche Süchte ins Visier nehmen: Sie plant Studien mit Sex-, Börsen- und Arbeitssüchtigen.

Persönliche Erklärung von SD-Gemeinderat Ueli Brassler

Kampfzone 1. Mai

1. Mai soll Tag der Schweizer Arbeiter sein, nicht der Chaoten



Ueli Brassler,
Gewerbeschul-
lehrer,
SD-Gemeinderat,
Zürich

Die Grossbanken und viele andere Unternehmen erzielen Jahr für Jahr fettere Gewinne, doch davon profitieren nur die Grossaktionäre und die Manager. Für die gewöhnlichen Angestellten und Arbeiter bleibt wenig bis gar nichts. Womöglich rationalisiert man sogar noch ihre Stellen weg, damit die Profiteure noch mehr kassieren können. In dieser Situation ist der **Grundgedanke des 1. Mai wichtiger denn je**. Doch leider wird dieser Tag schon längst von ausländischen Gruppierungen dominiert. Ihnen sind irgendwelche Konflikte in fernen Ländern wichtiger als die hiesige Arbeitswelt. Und die Gewerkschaften sind leider zu alten, zahnlosen Tigern geworden, die gegenüber den Bonzen höchstens noch ein bisschen fauchen, aber nicht mehr beißen können. So bleiben die werktätigen Schweizer dem 1. Mai fern.

Trotzdem wäre es ein politischer Schlag ins Gesicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, den 1. Mai als Feiertag abzuschaffen, wie das neuerdings gefordert wird.

Ein Signal, dass definitiv nur noch das Kapital zählt und man die arbeitenden Menschen nur noch als Unkostenfaktor betrachtet. Und zugleich eine völlig nutzlose Massnahme im Kampf gegen die Krawallbrüder, denn diese kümmert es nicht, wenn der 1. Mai ein gewöhnlicher Werktag wird. Sie werden ihre Saubannerzüge dann erst recht unternehmen. Mit dem vollen Berufsverkehr in der Innenstadt können sie noch ein viel grösseres Chaos anrichten und es wird die Arbeit der Polizei noch mehr erschwert.

Die Randalierer kommen von weit her nach Zürich, um sich auszutoben. Darum braucht es nächstes Mal auch einen Zusammenzug starker Polizeikräfte aus der gan-



Ein Chaos wird festgenommen. Der Einsatzleiter fordert die Gaffer auf, den Platz zu verlassen.



Ein brennendes Auto, eingeschlagene Scheiben: Die Gewalt eskaliert.

zen Schweiz, um den Störenfrieden einmal eine gehörige Tracht Prügel zu verpassen. Dann vergeht ihnen der Spass – nur diese Sprache verstehen sie. Der 1. Mai hingegen soll nicht abgeschafft, sondern **wieder zu einem Kampftag der werktätigen Schweizerinnen und Schweizer werden**. Das geht auch ganz ohne die vielen schweizerfeindlich eingestellten Gewerkschaftsfunktionäre, welche die Schweizer Arbeitnehmer verraten und den Unternehmern geholfen haben, mit den EU-Kolonialverträgen ein permanentes Überangebot an Arbeitskraft zu schaffen, was zwangsläufig auf die Löhne drückt.

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



SD-1.-August-Feier
in der Trinkhalle Rugen in Matten
bei Interlaken



Bezirke Baden / Brugg / Zurzach:
Jeden 1. Dienstag im Monat ab
20 Uhr im Restaurant Winkelried,
Wettingen

Aargau West:

Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr
im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau

Fricktal:

Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr
im Restaurant Rössli, Eiken



Sektion Reinach und Umgebung:
Jeden 1. Montag im Monat
um 19.30 Uhr im «Reinacherhof»



Kantonalpartei Basel:
Jeden 1. Montag im Monat ab
19.30 Uhr im Rest. Rheinfelderhof

JSD  15. Juli, ab 11 Uhr Wasserskiplausch
im Hafen von Lüscherz
(Besammlung bei der Grillstelle)



Stadt Bern:
Jeden letzten Dienstag im Monat
ab 20 Uhr im Restaurant Bären,
Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern.

Sektion Künz:

Jeden 1. Freitag im Monat im Restaurant
Brunnenhof, Künz

Sektion Berner Oberland:

Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr
im Hotel Milan in Ringgenberg

Sektion Thun/Konolfingen:
Jeden letzten Donnerstag im Monat
ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof,
von May-Strasse 43, Thun



Innerschweiz:
Jeden 1. Montag im Monat ab
19.30 Uhr im Hotel Spatz,
Obergrundstrasse 103, Luzern



Sektion Wil und Umgebung:
Informationsabend jeden 2. Montag
im Monat im Restaurant Fass in Wil.
Nähere Informationen unter
www.infowil.ch/sd-wil

Sektion St. Gallen:

27. Juni: Stamm ab 19.30 Uhr
im Restaurant Hirschen, St. Gallen, Bus Nr. 1



Sektion Bülach:
Jeden 1. Mittwoch im Monat ab
20 Uhr im Hotel Airport an
der Oberhauserstrasse 30,
8152 Opfikon-Glattbrugg

Sektion Hinwil:

Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im
Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil
(Kegelbahn)

Anlässe für 2007 melden an: sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch

SD 

JSD + -Standpunkt**Verschaukelte Arbeiterklasse****Warum eine JSD-1.-Mai-Feier**

*Gedanken von
Adrian Pulver,
Mitglied SD-
Parteileitung,
Bern*

Einige von euch denken bestimmt, «was hat der Tag der Arbeit mit den Jungen Schweizer Demokraten zu tun?» Ich werde es euch sagen. Erstens haben sich die JSD und auch die SD immer um die Anliegen der Arbeitnehmer und sämtlicher sozial schwächeren Mitbürger gekümmert (Beispiele sind das Engagement gegen die Personenfreizügigkeit und die Parolen zur 11. AHV-Revision und dem Elektrizitätsmarktgesetz) und zweitens ist es die einzige Partei, welche ihre Mitglieder vorwiegend aus solchen Kreisen entnimmt. Oder werft einen Blick auf die genannten Berufe auf einer SD-Wahlliste. Es sind ausschliesslich Leute mit einfachen Berufsabschlüssen. Ansonsten fungieren bei sämtlichen Parteien vorwiegend Akademiker aller Art (Absolventen der Universität oder der höheren Fachschulen). Auch können heute die ursprünglichen Institutionen, die in diesem Tag das Fest des Proletariats gesehen haben, nicht mehr als deren Vertretung erscheinen. Die SP, teilweise links-grüne Gruppierungen, die sogenannten «roten» Gewerkschaften und andere freie linke Bewegungen haben in der Politik zu oft versagt. Kommt dazu, dass alleine der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) als einer der Hauptakteure der 1.-Mai-Kundgebungen, sämtliche Spektren einer progressiven Politik vertritt. Das ist nicht nur die Arbeitnehmerschaft, nein, das sind Migrantenforen, Sans-Papiers-Kollektive, Feministinnen, Pazifisten, Homosexuelle und sonstige Randständige der Gesellschaft, die mit dem eigentlichen Zweck dieses Tages wenig zu tun haben. Somit geht der urtümliche und elementare Sinn dieses Manifests verloren. Vielmehr führt die gesamte rot-grüne Gefolgschaft eine politische PR-Aktion in eigener Sache durch. Andersdenkende werden dabei ausgeschlossen. Es ist schon richtig, dass ein solches Fest einen mit Protest gefärbten Hintergrund darstellen sollte, jedoch immer auf friedliche Art und Weise. Das ist aber keineswegs der Fall. Stattdessen schwingt man rote Ban-

ner mit dem Emblem der blutverschmierten Sowjetunion. Man singt die «Internationale», ein Lied, das zu offenser, nicht zur Verteidigung bestimmter, Gewalt aufruft. Notabene hatten viele Menschen unter dem damaligen russischen Regime zu leiden – «sprich» Sibirien ist gross (viele kann man verstecken) – Deutschland dagegen ist viel kleiner. Dies sei nur so am Rande erwähnt! Und letztlich noch die Krawalle, die mit Regelmässigkeit im Rahmen der gesamten Kundgebungen stattfanden. Dabei kümmerten sich die Veranstalter nur spärlich oder gar nicht um diese Gegebenheiten, was an Verantwortungslosigkeit gegenüber dem Bürger kaum zu überbieten ist. Daneben sei gesagt, dass der Tag der Arbeit bei der eigentlichen Zielgruppe zu früheren Zeiten einen massiv höheren Stellenwert besass. Arbeitnehmer aus allen möglichen Berufsrichtungen strömten zum alljährlichen Umzug. Gepflegte Kleidung mit Anzug war üblich. Sie sehen, die Konstellation des Publikums konnte verglichen mit der Gegenwart, als heterogener bezeichnet werden. Politisch gesehen war dieser Anlass freizügiger und weniger ideologisch als heute.

Verschaukelte Arbeitnehmer

Was beinhaltet eigentlich der Begriff «Arbeit». Wir arbeiten, um dafür den Lebensunterhalt finanzieren zu können. Also sind wir Arbeitnehmer. Wenn wir diese Arbeit nicht besitzen, arbeiten wir nicht. Also sind wir arbeitslos. Wir bekommen unser Geld von der Arbeitslosenversicherung. Hat man Arbeit, aber sie reicht nicht zum Leben, so kommt die Fürsorge ins Spiel. Ist die Arbeitsfähigkeit, die -qualität oder die -quantität nicht ausreichend vorhanden, so kommt die Invalidenversicherung zum Zug. Ist man zu alt für die Arbeit, so kommt die AHV ins Spiel. Sie sehen, das sind die tragenden Aspekte, die diesen Tag ausmachen. Diesen Schicksalen widme ich unter anderem den 1. Mai. Hoffentlich haben sie sich nicht ob meinem Wortspiel gelangweilt.

Diese Gruppen haben im Gegensatz zu anderen in den letzten Jahren manche Niederlage einstecken müssen. Den Arbeitslosen wurde die Bezugsdauer von Taggeldern von vorher 520 auf neu 400 Tage gekürzt. Gerade für Lehrabgänger und junge Erwachsene zwischen 20 und 30 Jahren ist

das ein gewaltiger Nachteil. Man wird auch früher ausgesteuert und findet sich bei der Fürsorge wieder. Die Beitragszeit (wie lange man ALV-Beiträge entrichtet) wurde von vorher sechs Monaten auf neu 12 Monate verlängert. Den Arbeitslosen, die eine kurzfristige Temporärstelle antreten, kann das je nach Situation nach diesem Anstellungsverhältnis die Bezugsmöglichkeit kosten. Sie können somit ebenfalls beim Sozialamt anklopfen. Die regionalen Arbeitsvermittlungen (RAV) sind über weite Strecken inkompetent. Sie dienen lediglich der Sanktionierung des Arbeitssuchenden bei Nichterfüllung der vereinbarten Arbeitsbemühungen. Wichtig ist, dass die vielen Vermittlungsangebote, also nicht die Vermittlungsstellen selbst, noch mehr erweitert werden. Gemeint sind Beschäftigungsprogramme, Praktika, externe Vermittlungstermine usw. Für Beitragskürzungen bei den Bruttolöhnen ist den Bürgerlichen jedes Mittel recht – auch Sozialabbau.

Ausverkauf der Schweiz

Schuld an einer kurzfristigen Arbeitslosigkeit ist aber auch die ständige Einwanderung. Langfristig kann sich die Situation aufgrund des Wirtschaftswachstums auszahlen, aber niemals zu diesem Preis. Mit der erweiterten Personenfreizügigkeit, die ausschliesslich von den Schweizer Demokraten von Anfang an bekämpft wurde, hat man jetzt eine solche Ausgangslage geschaffen. Das damit verbundene Lohndumping trifft die Arbeitnehmer der niedrigsten Qualifikationsstufen. Also Leute, die auch sonst als Working Poor bezeichnet werden können. Die Globalisierung sowie Liberalisierungen von bestimmten Branchen sind Teil des modernen Zeitalters. Unternehmungen, die gerade für Randregionen von existenzieller Bedeutung sind, werden ins Ausland verkauft. Beispiele sind Saia Burgess, Leica Geosystems und viele mehr. Das Szenario ist immer dasselbe: Ein ausländischer Investor erwirbt sich mindestens 51% des Aktienkapitals, die Niedriglohnstellen (vor allem die Produktion ist hier zu nennen) werden direkt ins Herkunftsland des Investors oder in Billiglohnländer verlegt und die oberen Etagen werden ebenfalls mit ausländischen Fachkräften besetzt. Eines Tages darf man sich nicht wundern, wenn der Standort plötzlich aufgehoben wird und die noch verbleibenden einheimischen Arbeitskräfte auf der Strasse stehen. Dabei schauen rot-grüne Kräfte einfach zu oder denken, dass z.B. mit flankierenden Massnahmen bei der Personenfreizügigkeit diese Probleme so einfach gelöst werden können. Die bürgerlichen Parteien (heute vor allem die SVP) betreten

jeden politischen Weg, wenn dabei das Bruttoinlandprodukt gesteigert werden kann. Gerade die SVP und deren Jungpartei verbreiten eine gesellschaftsschädigende Mentalität, wobei die Wirtschaft an erster Stelle steht und der Mensch eine untergeordnete Rolle spielt. Wenn Märkte wie z.B. der Strommarkt liberalisiert werden, denken alle an die lang ersehnte Konkurrenz und die angeblich tieferen Preise. Als kleinerer Marktteilnehmer hätte man über das System der Gebietsmonopole noch eine Sicherheit. Fällt diese weg, kann nur noch der Billigproduzent, der zugleich noch innovativ genug ist, überleben. Am Schluss verbleiben vielleicht noch drei einheimische Global Player. Ob nun diese oder ausländische Unternehmungen diese Gebiete versorgen, hängt von der Marktentwicklung ab. Im internationalen Strommarkt würde die Schweiz wahrscheinlich von der EDF (Électricité de la France) abhängig. Dieser Strommulti könnte sämtliche Unternehmungen aufkaufen. Viele Arbeitsplätze gingen verloren oder wären zumindest von unsicheren Faktoren abhängig, die ohne Liberalisierung nicht entstünden. Andere Stellen wiederum würden am Beispiel von EDF nach Frankreich verlegt. EDF hätte zu diesem Zeitpunkt ein faktisches Monopol und könnte den Preis alleine bestimmen. Unter dem Strich gäbe es nur Verlierer. Auch bei der heute eingeführten Sonntagsarbeit gingen gewisse Parteien nicht auf die Forderungen der Gewerkschaften ein. Für die Arbeitnehmer gibt es keine zusätzlichen Regelungen punkto Lohnzusätze oder Arbeitszeiten. Leider wurde diese «unsichere» Vorlage angenommen. Dasselbe gilt für längere Ladenöffnungszeiten.

Sozialwerke in Gefahr

Die Probleme der IV sind auch bei weitem nicht gelöst. Die Schulden betragen ca. neun Milliarden, jährlich kommen ungefähr zwei weitere dazu. Eingliederungsstätten für Erwerbstätige gibt es sehr wenige. Die vier Bundesratsparteien weigerten sich aus politischen oder strategischen Gründen immer wieder, das nötige Geld zu sprechen. Es bestand nämlich die Möglichkeit, einen Teil der Goldreserven für die IV zu verwenden. Doch wie wollte man diese Reserven verteilen? Der SP ging es nur um die Entlastung der AHV, die FDP und die CVP wollten keines der Sozialwerke berücksichtigen. Einzig die CVP machte einen solchen Vorschlag, von dem sie aber selbst wieder abkam. Der Grund war die Prioritätensetzung und die ablehnende Haltung zur AHV-Initiative

Fortsetzung Seite 10

Verschaukelte Arbeiterklasse

Fortsetzung von Seite 9

der SP. Für die AHV wurde zwar ein Teil der Geldreserven gesprochen, wobei indirekt auch die IV profitieren kann, da der Fonds beiden Versicherungen gleichzeitig gilt. Dennoch ist diese Hilfe für die IV gleich null. Ich bleibe dabei, dass die regierenden Kräfte verpassten, über diese Reservenbeiträge eine entsprechende Finanzierung zu ermöglichen. Auch die zirka sieben Milliarden, die als Gegenvorschlag zur AHV-Initiative in den gemeinsamen AHV/IV-Fonds geflossen sind, stellen nur einen Tropfen auf den heissen Stein

dar. Der grösste Teil wird wohl der AHV zufließen. Kommt dazu, dass dieser Beitrag nur möglich wurde, weil das Volk die Initiative ablehnte. Damit wäre aber wiederum die AHV über Teilbeiträge der Nationalbankgewinne mittelfristig entlastet worden. Auch sie hätte dieses Geld neben dem Anteil der Goldreserven gut gebrauchen können, weshalb ich die Ablehnung der Initiative bedaure. Sie sehen, AHV und IV werden auf solche Weise gegeneinander ausgespielt. Welches für diese beiden Sozialwerke kurz-, mittel- und langfristig die beste Lösung ist, erscheint deshalb äusserst schwierig. Patentrezepte gibt es nicht. Wir müssen aber

schauen, dass die IV selbst mit ihren jetzigen Schulden beachtet wird, denn die AHV schreibt momentan noch positive Ergebnisse und wurde im Gegensatz zur IV genügend berücksichtigt. Es bestehen noch andere Lösungen wie Beitragserhöhungen oder Mehrwertsteuererhöhungen. Da vor allem die Working Poors dabei die Opfer wären, lehne ich solche Vorschläge ab. Solange aber die Unternehmungen ihre soziale Verantwortung nicht wahrnehmen und solchen Leuten keine Chance geben, wird die Armut gefördert. Man nimmt in Kauf, dass Menschen mit einer IV-Rente, das sind ohne Ergänzungsleistungen zirka Fr. 2500.–

(Existenzminimum) leben müssen. Das ist eine Zumutung. Eingliederung heisst keine Rente und nicht mit einer Rente arbeiten zu müssen. Leistungsschwachen Menschen gebührt deshalb oberste Priorität. Sie sehen, es gibt viele Baustellen, deren Prioritäten falsch gesetzt werden. Für die Schweizer Demokraten sollte es daher jederzeit zur Pflicht gehören, den Proletarier, sprich Arbeitnehmer, Arbeitslosen, Fürsorgebezüger, AHV- und IV-Rentner, im politischen System zu schützen und ihm Priorität zu schenken. Wir wollen eine Wirtschaft für Menschen und nicht Menschen für die Wirtschaft. Diese Aussage ist Gesetz.

Eidgenössische Volksinitiative «gegen die Abzockerei»

Mehr Schutz und Demokratie für die Aktionäre

«Die Schweiz ist Marktwirtschaft und direkte Demokratie zugleich. Das bedingt, dass die Management-saläre letztlich auch die Akzeptanz oder zumindest Duldung grosser Teile der Bevölkerung finden. Dafür bedarf es einer glaubwürdigen Corporate Governance im Salärbereich, d. h. Strukturen und Verfahren, welche möglichst jeden Anschein von Interessenkonflikten vermeiden.» (Prof. Dr. Karl Hofstetter)

Der Aktionär als Teilhaber und Mitbesitzer der Aktiengesellschaft hat heute kein Mitbestimmungsrecht zur Vergütungspolitik des Verwaltungsrates (VR), der Geschäftsleitung und des Beirates. Über einen selbst gewählten Vergütungsausschuss bestimmt der VR seine eigenen Vergütungen. Diese so genannten Insihgeschäfte sind grundsätzlich verboten.

Noch vor wenigen Jahren hat Daniel Vasella rund CHF 1 bis 2 Millionen Gehalt bezogen – heute sind es über 44 Millionen. Rechnet man seine vertraglich zugesicherte Abgangsentuschädigung von drei Jahresgehältern, die Optionen zum Marktwert und all seine Lohnnebenleistungen mit ein, so kommt man spielend auf CHF 60 Millionen pro Jahr. Solche Vergütungen können aus Sicht des Aktionärs als vorweggenommener Gewinn betrachtet werden, da gemäss heutigem Gesetz die Generalversammlung (GV) für die Gewinnverteilung zuständig ist.

In welchem aktuellen Zustand sich die Unternehmung befindet, ist irrelevant: So z. B. haben sich die beiden Topmanager Percy Barnevik und Göran Lindhal bei der ABB trotz Millionenverlust bei ihrem Abgang CHF 233 Millionen Pensionskassengelder ausbezahlt. Die Herren Vasella, Brabeck und Kielholz sassen im Jahr 2002 im VR der Credit Suisse, welcher Abgangsentuschädigungen (CHF

17.6 Millionen) und Millionengehälter bewilligte. Im selben Jahr schrieb das Unternehmen einen Verlust von CHF 3.3 Milliarden (!) und entliess weltweit 17 600 Leute! Mario Corti (Ex-CEO der Swissair) hat sich, bevor er überhaupt zu arbeiten begonnen hat, fünf Jahresgehälter, d. h. CHF 12.5 Millionen ausbezahlen lassen. Sein Vorgänger Philippe Bruggisser hat CHF 2.2 Millionen Abgangsentuschädigung erhalten – heute gibt es die Unternehmung nicht mehr und Corti hat auch fünf Jahre nach dem Konkurs der Swissair keinen Franken an die Gläubiger zurückbezahlt. All diese Beispiele zeigen einmal mehr, dass derart hohe Vergütungen in keinem Verhältnis zur individuellen Leistung stehen. Viele dieser Führungskräfte kennen den Bonus – nicht aber den Malus.

Keine goldenen Fallschirme

Nach Annahme der eidg. Volksinitiative «gegen die Abzockerei» wäre derartigen Machenschaften ein Riegel geschoben: Die GV soll jährlich die drei Gehaltspakete des gesamten VR, der gesamten Geschäftsleitung und des Beirates absegnen. Nebst diesen Geld- und Sachleistungen (fix oder erfolgsabhängig) sollen ebenfalls sämtliche Aktien-, Optionen- und andere Beteiligungspläne statutarisch geregelt werden, also ebenfalls von der GV abgenommen werden müssen. Es wird jedoch weder über einzelne Gehälter entschieden noch wird eine maximale Gehaltshöhe festgesetzt: Das Aktionariat alleine soll die Vergütungssumme «seiner» Firmenführung festlegen. Mit der jährlichen Einzelwahl der VR-Mitglieder und insbesondere seines Präsidenten hat der Aktionär neu die Befugnis, zum umstrittenen Doppelmandat CEO/VR-Präsident Stellung zu nehmen. Falls die GV die Herren Vasella oder Brabeck vom

jetzigen Doppelmandat entbinden möchte, kann sie einen neuen VR-Präsidenten wählen. Auch soll die GV die Mitglieder des Vergütungsausschusses wählen: So wird sichergestellt, dass nicht mehr der Topmanager nahe stehende Personen und schon gar nicht die Exekutivmitglieder selbst in diesen Vergütungsausschüssen Platz nehmen. Schliesslich erkennen wir in der Selbsternennung der Mitglieder des Vergütungsausschusses die Hauptursache der horrenden Entwicklung der Topgehälter in den letzten Jahren.

Die Liste horrender Abgangsentuschädigungen bei börsenkotierten Schweizer Unternehmen ist lang und hat in den letzten Jahren für viel Aufsehen und Unverständnis beim Aktionariat gesorgt. Solche Entschädigungen gleich welcher Art, nachdem das Arbeitsverhältnis beendet wurde, werden nicht mehr möglich sein. Gleichzeitig wird vorgesehen, die Dauer der Arbeitsverträge der Geschäftsleitungsmitglieder statutarisch zu regeln: Somit wird es nicht mehr möglich sein, dass jemand, wie im erwähnten Fall «Corti», einen Fünfjahresvertrag erhält in einer Phase, in welcher die Unternehmung in desolater Schräglage steht. Es liegt auf der Hand, dass der Aktionär solche wirtschaftskriminellen Verträge nicht genehmigen würde.

Mutloser Revisionsentwurf

Damit die Aktionäre ihr Stimmrecht an der GV auch wirklich durchbringen, verlangt die Initiative ebenfalls folgende Änderungen:

- Die Organ- und Depotstimmrechtsvertretung wird untersagt: Das heisst, die Aktionäre können nicht mehr die Unternehmung selbst (den Organvertreter) beauftragen, für sie abzustimmen. Des gleichen soll für jene Aktien gelten, welche in einem Bankendepot liegen: Das Geldinsti-

tut (der Depotvertreter) kann nicht mehr die Stimmrechtsvertretung ausüben. Heute ist der Depotvertreter gesetzlich verpflichtet, für Aktien ohne Weisungen dem Verwaltungsrat zu folgen.

- Die Pensionskassen müssen im Interesse ihrer Versicherten abstimmen und offen legen, was sie gestimmt haben. Jeder Erwerbstätige in der Schweiz ist als Versicherter der AHV und ggf. einer Pensionskasse indirekt Aktionär, da Milliarden dieser Gelder in Schweizer Aktien angelegt sind.

Das Parlament wird voraussichtlich heuer die Revision des Aktienrechts behandeln. Im aktuellen Revisionsentwurf befinden sich von den 25 Forderungen, welche der Initiativtext «gegen die Abzockerei» vorsieht, jedoch nur gerade deren vier! Er geht somit eindeutig zu wenig weit. Auch die gesetzliche Offenlegung der Topmanagement-Vergütungen, welche kürzlich in Kraft getreten ist, wird das Problem nicht lösen: Jene Vergütungen der angeprangerten Manager kennen wir seit Jahren – trotzdem sind sie horrend angestiegen.

Es ist wichtig zu unterstreichen, dass diese Initiative nur Aktiengesellschaften tangiert, welche an einer Börse kotiert sind; alle anderen Unternehmungen sind davon nicht betroffen. Der mündige Bürger, der Aktionär, der Arbeitnehmer sowie der KMU-Vertreter erkennen schnell die Vorteile in der Unterstützung der eidg. Volksinitiative «gegen die Abzockerei», welche persönliche Bereicherungen auf der «Teppichetage» unterbinden, mehr Aktionärsdemokratie fördern, das Privateigentum besser schützen und neue Grundsätze für gute Corporate Governance aufstellen will.

Initiativkomitee
«gegen die Abzockerei», Trybol AG,
8212 Neuhausen, www.abzockerei.ch,
Tel. 052 672 23 21, abzockerei@trybol.ch

Schluss mit der Abzockerei!

Helfen Sie mit, die Missbräuche verfilzter Unternehmensstrukturen zu stoppen – unterschreiben Sie bitte diese eidgenössische Volksinitiative! Herzlichen Dank.

Eidgenössische Volksinitiative «gegen die Abzockerei»

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff, folgendes Begehren (im Bundesblatt veröffentlicht am 31.10.2006):

I Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:

Art. 95 Abs. 3 (neu)

³ Zum Schutz der Volkswirtschaft, des Privateigentums und der Aktionärinnen und Aktionäre sowie im Sinne einer nachhaltigen Unternehmensführung regelt das Gesetz die im In- oder Ausland kotierten Schweizer Aktiengesellschaften nach folgenden Grundsätzen:

a. Die Generalversammlung stimmt jährlich über die Gesamtsumme aller Vergütungen (Geld und Wert der Sachleistungen) des Verwaltungsrates, der Geschäftsleitung und des Beirates ab. Sie wählt jährlich die Verwaltungsratspräsidentin oder den Verwaltungsratspräsidenten und einzeln die Mitglieder des Verwaltungsrates und des Vergütungsausschusses sowie die unabhängige

Stimmrechtsvertreterin oder den unabhängigen Stimmrechtsvertreter. Die Pensionskassen stimmen im Interesse ihrer Versicherten ab und legen offen, wie sie gestimmt haben. Die Aktionärinnen und Aktionäre können elektronisch fernabstimmen; die Organ- und Depotstimmrechtsvertretung ist untersagt.

b. Die Organmitglieder erhalten keine Abgangs- oder andere Entschädigung, keine Vergütung im Voraus, keine Prämie für Firmenkäufe und -verkäufe und keinen zusätzlichen Berater- oder Arbeitsvertrag von einer anderen Gesellschaft der Gruppe. Die Führung der Gesellschaft kann nicht an eine juristische Person delegiert werden.

c. Die Statuten regeln die Höhe der Kredite, Darlehen und Renten an die Organmitglieder, deren Erfolgs- und Beteiligungspläne und deren Anzahl Mandate ausser-

halb des Konzerns sowie die Dauer der Arbeitsverträge der Geschäftsleitungsmitglieder.

d. Widerhandlung gegen die Bestimmungen nach den Buchstaben a-c wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren und Geldstrafe bis zu sechs Jahresvergütungen bestraft.

II Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Art. 197 Ziffer 8 (neu)

8. Übergangsbestimmung zu Artikel 95 Absatz 3 Bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen erlässt der Bundesrat innerhalb eines Jahres nach Annahme von Artikel 95 Absatz 3 durch Volk und Stände die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton (nicht leer lassen)		Postleitzahl	Politische Gemeinde (nicht leer lassen; nur Stimmberechtigte von hier)		
Nr.	Name Vorname (handschriftlich, eigenhändig und Blockschrift)	Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					
9					
10					

Bitte Liste sofort oder bis spätestens 31.07.2007 dem Initiativkomitee zurücksenden, welches die Bescheinigung vornehmen wird:

Eidg. Volksinitiative «gegen die Abzockerei»
Rheinstrasse 86, Postfach 1068
8212 Neuhausen

Tel. 052 672 23 21 | abzockerei@trybol.ch
www.volksinitiative-gegen-die-abzockerei.ch
PC-Konto: 85-732583-6 | WIR: 007628-73-0000

Initiant:
Thomas Minder,
Geschäftsführer



Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen: Minder Thomas, Geschäftsführer, Rheinstr. 84, 8212 Neuhausen; Moser Brigitta, Hinterdorfstr. 8, 8194 Hüntwangen; Perren Corinne, Rheinstr. 84, 8212 Neuhausen; Minder Hans, Höhenweg 9, 8212 Neuhausen; Kuster Claudio, Vordersteig 6, 8200 Schaffhausen; Ulmann Brigitte, Gründenstr. 54, 8247 Flurlingen; Minder Elisabeth, Höhenweg 9, 8212 Neuhausen

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass oben stehende ____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft):

Ort, Datum:
Unterschrift:
Amtliche Eigenschaft:

Amtsstempel:

AUNS gibt sich kämpferisch!

Gegen 1000 Mitglieder und Sympathisanten fanden sich – wie die letzten Jahre zuvor – Ende April im Berner Hotel «National» zur diesjährigen Mitgliederversammlung zusammen. Höhepunkt der Veranstaltung waren die Referate vom erst kürzlich akkreditierten EU-Botschafter in Bern, Michael Reiterer und dem Chefredaktor der «Weltwoche», Roger Köppel.

Wohl niemand erwartete im voll besetzten Saal ernsthaft, dass der EU-Botschafter Michael Reiterer mit seinen Ausführungen den einen oder andern Anwesenden vom EU-Kritiker zum EU-Befürworter «transferieren» könnte. Eine Frage bleibt – nebenbei bemerkt – bis heute zu diesem «Auftritt» offen: Wer kam auf die «tolle» Idee, den EU-Botschafter Michael Reiterer durch mehrere zivile Polizeibeamte in den Saal zu begleiten? Denn auch diesmal verlief die Versammlung der AUNS (Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz) erwartungsgemäss friedlich.

Statthalter oder Botschafter des guten Willens?

Was Michael Reiterer in der Folge in seinem Referat darlegte, waren fast alles freundliche Worte, die kaum zu Widerspruch provozierten. Dies abgesehen von einer Aussage: «Die EU ist ja so demokratisch strukturiert...», was vom Publikum durch ein Murren quittiert worden ist. Die Anwesenden liessen den EU-Botschafter mit seinem Referat gewähren. «Dass die Schweiz ein Teil der europäischen Kultur sei», war den Zuhörern übrigens nicht neu, sondern bestätigt deren politische Grundhaltung. Der Botschafter, ein gebürtiger Österreicher, wies auch darauf hin, dass sein eigenes Heimatland nunmehr – nach anfänglichen Schwierigkeiten (er meinte wohl die damalige Regierungsbeteiligung von Jörg Haider's Freiheitlichen und die Drohungen aus verschiedenen EU-«Bruderstaaten») in der EU bestens integriert und geschätzt sei. Das wirtschaftliche Aufblühen von Österreich und die hervorragenden Handelsbeziehungen mit den europäischen Oststaaten seien die Vorteile davon. Zwischenbemerkung des Schreibenden: Wäre dies alles ohne Österreichs EU-Mitgliedschaft anders gekommen? Am Schluss erhielt der EU-Botschafter gar einen Anstandsapplaus... Aber niemand wurde durch seine Ausführungen vom Stuhl gerissen; weder im Positiven noch im Negativen. Von mei-

AUNS
ASIN
ASNI

nem Sitzplatz aus auf der Tribüne konnte ich den Botschafter gut im Auge behalten. Folgende Beobachtung wurde bisher in keiner Zeitung erwähnt: Kurz nach Beendigung seiner Ausführungen – der nachfolgende Redner stand noch nicht einmal am Sprechpult – verabschiedete sich der EU-Botschafter in aller Stille und Eile – französisch!

Roger Köppel begeisterte

Der «Weltwoche»-Chefredaktor und -Herausgeber redete hierauf Klartext. Man darf aber vermuten, dass er in jungen Jahren «überzeugter» EU-Befürworter gewesen war – und heute? Roger Köppel sagte: «Wer in den achtziger Jahren EU-kritisch war, erlitt gesellschaftlichen Liebesentzug. Von überall hiess es: Man muss sich anpassen! (auch schon mal gehört – meint der Schreibende!), Kleinststaaten hätten keine Zukunft mehr und seien ein Auslaufmodell.»

Roger Köppel arbeitete übrigens einige Jahre in leitender Position im Medienbereich in Deutschland und hat in unserem nördlichen Nachbarland mit vielen wichtigen Deutschen über die EU diskutiert. Nach aussen hätten diese Leute immer vom «Erfolgsrezept EU» gesprochen; unter vier Augen aber nicht selten ganz andere Wahrheiten ausgesprochen...

Demokratiedefizite

Das grösste Problem der EU sei ihr Mangel, Mitgliedsstaaten und deren Bevölkerung seriös in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Mit der EU würde auch die nationale Gesetzgebung der einzelnen Länder immer mehr ausgehebelt, da EU-Recht über dem jeweiligen Landesrecht steht. Ganz «gewiefte» Politiker würden Gesetzesvorlagen, die sie aufgrund ihrer Minderheitsposition im eigenen Land nicht durchbringen könnten, via Brüssel zur Verbindlichkeit «verhelfen». Köppel meinte auch, dass die Einführung des Euro niemals Realität geworden wäre, hätten in den einzelnen EU-Staaten Volksabstimmungen darüber stattgefunden. Laut Köppel war die EU zuerst als gemeinsamer Wirtschaftsraum geplant. Heute wird jedoch die politische Einheit angestrengt. Eine

Schwächung der Volksrechte sei die Folge. In der Schweiz müssen die Politiker und Parteien um die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung (Souverän) und der Stände kämpfen, sonst geht gar nichts. ... Und in der EU?

Roger Köppel durfte am Schluss seiner Rede einen tosenden Applaus entgegennehmen, denn ihm gelang es, die Schwächen der EU zu benennen.

AUNS-Initiative im Startbereich

Problemlos erhielt der AUNS-Vorstand von den Mitgliedern die

Kompetenz, die eidgenössische Volksinitiative – «Für die Stärkung der Volksrechte» – abschliessend vorzubereiten. Diese verlangt, dass künftig wichtige internationale Verträge der Schweiz automatisch Volk und Ständen zur Abstimmung vorzulegen sind. Ein Votant meinte in der Diskussion scharfsinnig: «Worin unterscheiden sich denn wichtige von unwichtigen internationalen Verträgen?» Diese «Nuss» gilt es nun durch den Vorstand zu knacken, damit der Bundesrat nicht weiterwursteln kann wie bisher!
Markus Borner

Unterricht über Religionen ja, aber...

Wenn entsprechend neuen Trends in der Schule statt Biblische Geschichte (welche die Schüler auch zu Hause lesen können) Unterricht über mehrere Religionen erteilt werden soll, so sind in erster Linie die Originalaussagen der Religionsstifter zu vergleichen. Christus ist der Einzige, der sagte, er sei Gottes Sohn. Wichtig ist es auch, den Sinn von religiösen Festen und Ritualen, welche die Lebenswelt der Kinder berühren, zu erklären. Kinder feiern heute nicht nur Weihnachten, Ostern, Pfingsten und werden auch mit nicht-

christlichen Festen konfrontiert. Sie werden heute schon zum Abendmahl und zum direkten Miterleben einer Taufe eingeladen. Diese wird allerdings meist nicht mehr im ursprünglichen Sinn gefeiert, worauf auch hingewiesen werden kann. Früher wurden die Kinder zur Erinnerung an den Tod Jesu im Wasserbecken des Taufsteins untergetaucht und zum Zeichen der Auferstehung «aus der Taufe gehoben», welcher Ausdruck auf die christliche Taufe zurückgeht.

Emil Rahm, Hallau

Einbürgerungsrekord

Trotz einem neuen Einbürgerungsrekord im 2006 von 46700, entstand im gleichen Jahr ein Einwanderungsüberschuss von 35000 Personen. In diesen Zahlen sind die Kurzaufenthalter und Asylbewerber, die im 2006 zusammen 114100 Personen ausmachten, nicht gerechnet! Diese enorm hohe Zuwanderung ist auch ein wichtiger Grund, wieso die «Islamische Bevölkerung» bis jetzt um 1560 Prozent zugenommen hat. Anstatt diese ersten Fakten, die in der Bevölkerung immer mehr zu Unmut und Spannungen führen, zu traktandieren, wird einmal mehr ein diesbezügliches Plakat der SVP in hohen Tönen als verwerflich taxiert! Solange militante und gewalttätige Religionsfanatiker halb Europa missionieren wollen, christliche Kirchen verschmieren, Zwangsheiraten oder Ehrenmorde die Öffentlichkeit täglich aufschrecken, darf man die zunehmende Islamisierung nicht einfach unter dem Titel «Religionsfreiheit» hinnehmen und tabuisieren. Einmal mehr wird die einzige Partei, die schon lange den Sorgenpuls der Bevölkerung wahrnimmt, von den linken Ideolo-

gen verunglimpft! Wie wollen die links-grünen «Ökis» eigentlich die Umwelt- und Klimaprobleme mit der ungebremsten Einwanderungspolitik in einem so engen, kleinen Land unter einen Hut bringen? Zum Glück finden bald eidgenössische Erneuerungswahlen statt!

Rolf Bolliger, Orpund

SAT 1, 22. März 2007: Nachrichten um 18.30 Uhr. In Frankfurt war ein Gerichtsurteil zu fällen. Eine Frau wollte sich von ihrem islamischen Ehemann ohne Abwarten der gesetzlichen Trennungspflicht scheiden lassen, weil der Mann sie regelmässig schlug. Die deutsche Richterin gab diesem Begehren nicht nach mit folgender Begründung: «Im Islam ist es dem Ehemann erlaubt, unter gewissen Umständen seine Frau zu schlagen. Die in Deutschland geborene Frau muss sich dessen bewusst gewesen sein.» (!!!) Wann wird islamisches Recht wohl auch in der Schweiz angewendet werden?

Dragan Najman, Baden



Se suicider à quatorze ans



Mary Meissner,
Vernier

Dans ma jeunesse mes parents et mes maîtres m'ont appris à respecter la patrie, la famille, les dix commandements et j'ai baigné dans une atmosphère de fierté nationale, même si comme on dit aujourd'hui, c'étaient des mythes. Née près de Verdun d'une mère lorraine et d'un père suisse qui dû rentrer au pays avant l'attaque des gaz ipérites utilisés à la fin de cet horrible conflit, j'ai vécu dans la fierté d'être une européenne avant l'heure, d'être une descendante des héros d'une guerre qui cachait ses tranchées sanglantes sous les mots d'honneur et de fidélité, sans que ses gouvernants rescapés se frappent la poitrine pour demander des excuses ou un quelconque pardon. Et puis il y a eu la Seconde Guerre mondiale, avec les camps, les mêmes horreurs et les rangées de croix dans les cimetières. Par des cérémonies flamboyantes et solennelles, les nations ont caché leurs mauvaises consciences, mais les mythes ont commencé à se fissurer. Les héros étaient fatigués, et beaucoup, suivant leur provenance, ont été jugés et pendus. Les mots honneurs, respect et martyres se sont écaillés et on a parlé de morale et de droit de l'homme. Le balancier de l'histoire s'est alors mis en marche, et la cohésion nationale a commencé à craquer. Au lieu de chercher dans le passé des actions d'éclat, des mythes rédempteurs ou des faits d'armes, les paroles pleines d'orgueil, les attitudes frondeuses ont cédé la place aux mea culpa répétés, aux excuses sidérantes de représentants populaires innocents des actes de leurs ancêtres.

Ainsi s'est superposée à la réalité difficile à supporter telle qu'elle est, avec ses misères et ses petites lâchetés, ses ambitions dérisoires, une autre réalité transfigurée et veule, où les présidents américains ont avoué des crimes qui n'étaient

que des petites fautes communes à tous les politiciens, où les présidents français et allemands se sont frappé la poitrine pour demander pardon aux morts d'un passé révolu allant jusqu'à la période de l'esclavagisme.

Quel enfant d'aujourd'hui, avachi par les informations tragiques d'un climat qui se délite, et des menaces terroristes qui se réalisent périodiquement sous leurs yeux collés à l'écran de télévision, ne commencerait pas à se demander ce qu'il fait sur terre et quel sera son destin? Ils n'ont plus la fierté de descendre de Guillaume Tell ou du roi Arthur, mais de Gessler et de Gamelon. Ils perdent des repaires, même idéalisés pour les aider à vivre. Ils se sentent les bambins de félons, de traîtres et d'assassins. Comme leur entourage ils se sentent démoralisés justement dans ces années où il faut beaucoup de courage, de persévérance et d'efforts pour obtenir le passeport de compétences qui servira à leur ouvrir les portes d'un bien-être humain. N'avoir à battre sa coulpe et à se verser de la cendre sur la tête contribue à l'effondrement de l'enthousiasme, surtout lorsque les médias parlent en plus, journellement, de chômage, de délocalisations, de boursicotages d'initiés, de pertes abyssales jusqu'au cœur des banques, de TVA ou d'assurances en perte de vitesse.

En y ajoutant la pollution de l'air, de l'eau, des aliments et les risques de SIDA, les catastrophes naturelles et les sombres perspectives d'une Terre qui deviendra invivable, quelle jeune fille de quatorze ans qui comprend déjà mieux que ses aînées l'inanité et la vanité d'une vie d'acharnements divers pour surnager dans cet océan de difficultés, ne préférera pas s'en aller vers les étoiles? N'oublions pas le manque de croyance en un Dieu immanent, miséricordieux et sauveur que tant de parents ne connaissent plus, donc n'en parlent jamais. Et ceux qui parlent d'Allah exagèrent le côté vengeur, jaloux et revenchard de cette religion qui fait tant de ravage en Orient.

Je voudrais ajouter que depuis des millénaires, les âmes des défunts retournant dans le grand magma spirituel qui s'incarne aujourd'hui



dans nos enfants le jour de leur naissance, entraîne dans ce petit morceau de mémoire tous les aléas du monde, les espoirs déçus ou les joies immenses, les douleurs des humains et animaux martyrs, les amours incommensurables et les plus noirs désespoirs, les progrès de la science et les atrocités mafieuses, les maladies et les guérisons. Il est donc normal que des fillettes de quatorze ans qui portent

dans leurs gènes et les méandres de leur cerveau ce mélange explosif, préfèrent s'enfuir dans une mort bienfaisante qui leur évitera une destinée houleuse et douloureuse. Il ne faut pas non plus se poser des questions concernant les enfants surdoués ou indigo, les gosses violents et vulgaires. Eux aussi ne sont pas responsables des turbulences accumulées à travers les âges.

Torture

Dans son éditorial de ce matin, Jean Noël Cuenod donne raison à l'association suisse contre l'impunité TRIAL qui a vertement critiqué la décision du Tribunal fédéral concernant son client Abdennager Naït Liman qui avait déposé plainte contre le gouvernement tunisien pour avoir été torturé pendant 40 jours dans les bureaux du Ministère de l'intérieur. Même si TRIAL se targue de défendre sur le plan international toutes les tortures du monde, il serait insensé de la part de notre Tribunal fédéral de créer un incident diplomatique avec moult pays qui torturent leurs propres citoyens, chaque fois qu'un de leurs ressortissants malmenés vient se plaindre chez nous en demandant le droit d'asile...

Donc en affirmant que les faits n'avaient pas de liens entre la Tun-

sie et la Suisse, le TF a eu raison. D'autre part depuis quand le droit se préoccupe-t-il de la morale? Des milliers de justiciables, depuis des siècles, sont condamnés par des lois rigides ignorant totalement le côté moral des événements. Y aurait-il des exceptions? Veut-on une nouvelle affaire Perinçek? *Let bygones be bygones et foin de discussions parfaitement inutiles.*

Mary Meissner, Vernier



1^{er} août-Fête nationale avec les Démocrates Suisses à Matten/BE

(voir page no 3)

Le Pileri

Provocations

Je pense que Micheline Calmy Rey qu'elle soit présidente ou non, aime la provocation partout où cela est payant. Pourvu qu'elle fasse la une des journaux et que le tapis rouge soit déployé sous ses pieds, elle est satisfaite de sa performance personnelle, car la Suisse et nous citoyens, n'avons aucun profit ou meilleure réputation pour ça! Sa dernière fantaisie est son déplacement sur la prairie du Grütli avec femmes et familles pour y fêter le premier août. Cette idée est naturelle et normale, et pourquoi pas? Mais le Conseil fédéral lui refusant une protection armée, et le canton d'Uri des bateaux traversant le lac, elle persiste à ses risques et périls, car ses accompagnants n'ont rien à craindre. Si elle veut faire la une de la presse avec photo à l'appui, elle a réussi par cette vantardise qui prouve sa propre liberté d'expression qu'elle refuse aux autres à travers l'article 261 bis, soutenu par le PS dont elle fait partie.

Elle n'a pas besoin de payer des affiches et des encarts publicitaires pour inciter les gens à la suivre, les journaux sont là pour diffuser journalièrement ses moindres gestes et paroles, y ajoutant même de leur cru pas toujours savoureux. Ah! C'est exaltant le védetaria! C'est mieux et dure plus longtemps que les Festivals de Nice ou de Cannes avec une seule montée des marches de la Croisette!

Encore les droits humains!

Amnesty International n'a pas peur de mélanger les genres et de croiser les valeurs des droits humains. Allégrement, elle place sur le même plan le bourbier sanglant irakien, la recrudescence des exactions faites par les Talibans en Afghanistan surtout contre les femmes, les horreurs du génocide au Darfour par le gouvernement musulman du Soudan, le conflit libanais qui repart dans toute sa laideur, les crimes perpétrés depuis des années en Tchétchénie par la Russie de Poutine, et ... cerise sur ce gâteau sanglant et puant, la Suisse pour sa révision du droit d'asile, la durée de détention des mineurs délinquants qui vont à l'encontre du droit international. Si cette énumération n'était pas si terrible, on pourrait rire de cette ridicule comparaison. Le comble est atteint lorsque ces rapports présentés par A.I. et le CICR, sont répercutés par les médias qui commentent ces faits, sans qu'ils mettent un tout

petit bémol ou dièze dans cette gamme d'événements mondiaux stupéfiants et malheureux, pour souligner que notre pays fait figure d'agneau dans cette meute de loups enragés. J'espère l'avoir fait.

Les faux dollars

Le Congrès américain vient d'accepter une rallonge de quelques 340 milliards de \$ pour sa sale guerre en Irak. N'est-il pas bizarre qu'en même temps, la banque d'émission du Trésor des Etats-Unis accuse la Corée du Nord de fabriquer des tonnes de billets verts super bien imités pour les répandre dans le monde afin de destabiliser l'économie américaine! Tout ce fatras d'informations sujettes à caution est bien mal venu, car que faire pour boucher les trous abyssaux financiers, si ce n'est faire marcher la planche à billets?

Mais les banquiers dans le monde se tiennent tous par la barbichette et aucun n'osera éfleurer ce sujet tabou. Tant que la confiance règne parmi ceux qui disposent du nerf de la guerre, nous resterons gros *Jean comme devant*.

Bravo Blocher

Mieux vaut tard que jamais! Christoph Blocher s'est rendu compte, enfin, que l'article 261 bis qui avait passé la rampe lors des votations grâce à son attitude neutre et non engagée, faisait plus de mal que de bien. Il profite de son nouveau statut d'homme fort du gouvernement, pour proposer l'abolition de ces normes fameuses qui envoient au poteau tant de citoyens osant encore librement s'exprimer, et qui, dans d'autres cas, créent des incidents diplomatiques comme ceux de Turquie sur le «génocide» arménien. Ce que nous devons combattre ce sont les propositions tortueuses et créatrices de futurs

conflits aussi stupides que ceux subis actuellement, c.a.d. faire une distinction entre les différents géomocides perpétrés sur cette planète (un massacre de population quel qu'il soit engendre les mêmes responsabilités et les mêmes opprobres), ou interdire seulement la négation de l'holocauste qui revient à accepter les ukazes d'Israël et de son CJM. La meilleure solution est tout simplement de supprimer cet article douteux et sujet à tellement d'injustes repréailles empiétant sur le domaine de la pensée et de la liberté d'expressin comme garanties dans l'art. 19 de la Charte des Droits de l'Homme, Bible du Nouvel Ordre Mondial. Notre parti doit soutenir à fond ce changement de direction.

Un slogan qui se réalise

Voir Naples et mourir, ce slogan publicitaire qui a fait fureur il y a quelques années, se réalise pour de bon. Si vous allez dans cette ville aujourd'hui, vous risquez d'y laisser votre santé et même votre vie, à l'instar des habitants qui sont écrasés par les mafias locales. Ces dernières n'ont aucun scrupule à encaisser des milliards d'euros grâce à leur participation au nettoyage des ordures de la ville qu'elles laissent sur les trottoirs, depuis des mois sans que les autorités de droite et maintenant de gauche, lèvent le petit doigt pour les mettre au pas.

On savait que les Italiens préfèrent le bel Canto et les matches de foot au nettoyage de leurs égouts, qu'ils ont la réputation de tourner le dos à l'ennemi et ses canons, mais là, ses ennemis n'ont pas de canons et la Camora s'en donne à cœur joie. C'est plus facile pour ces mafiosi de laisser s'entasser les poubelles que d'aller poser un couteau sur la gorge des honnêtes commerçants en exigeant le versement d'une dîme. Alors que la France ingouvernable jusqu'à hier se redresse en mettant au pouvoir un homme à poigne,

alors que la Hollande se retire de la constitution, l'Italie patauge dans la fange mafieuse protégée pourrait-on croire, par un Prodi socialiste issu de l'Union européenne elle aussi bolchévisée. Ses pairs qui veulent donner des leçons au monde entier, ne peuvent-ils pas donner un coup de main à Prodi gravement dépassé par l'incapacité et l'incurie générales d'une grande partie de ses administrés? Et voilà encore un point noir à prendre en considération pour ne pas adhérer à cette Union partiellement mafieuse.

France ingouvernable

Soi-disant au nom de la démocratie, ce mot vilipendé qui ne veut plus rien dire, les «jeunes» étudiants et banlieusards teintés de

Suite en page 15

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

- Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)
 Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

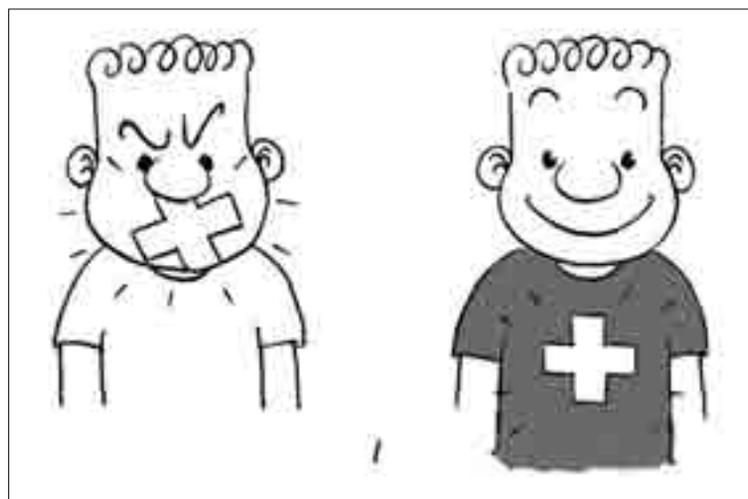
Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates Suisses DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch



rouge, se sont mis à incendier des centaines de voitures chèrement payées par des citoyens qui travaillent et paient leurs impôts. Comment oserait-il invoquer la démocratie en commettant des actes revanchards totalitaires contre plus de la moitié des Français qui ne pensent pas comme eux?

Les médias sont eux satisfaits de cette continuité d'événements qui leur permet de couper les cheveux en quatre et de ne pas tarir sur des commentaires souvent contradictoires qui font le beurre des éditeurs. François Bayrou n'a pas eu de chance et a manqué de flair. Ses compatriotes sont non seulement ingouvernables, mais encrassés dans leurs perspectives politiciennes gauche-droite plus fabriquées que réelles. Mais est-il possible pour ce pays qui se laisse manipuler par les gourous de l'Union européenne, de réussir à mettre de l'ordre chez lui et d'enfin comprendre la grande sagesse de la nature qui montre l'exemple en se régénérant chaque année sans bouleverser son cycle cosmique? Tant qu'il y aura des éléments désirant chambarder ce qui marche bien pour d'utopiques changements menant au désastre programmé, la vie sociale et humanitaire de la France restera un magnifique chaos.

Droit de vote au berceau

D'ailleurs, il en va de même pour la Suisse où certains cantons veulent donner le droit de vote à des gamins de seize ans, encore immatures, scolarisés, dépendant de leurs parents et déboussolés virtuellement par leurs consoles et autres ordinateurs, internets et robots miniaturisés. Pire, dans les cycles post obligatoires qui prétendent améliorer le comportement et les connaissances scolaires chez les retardés ayant souvent plus de vingt ans, ces ados violents, agressifs et malhonnêtes prétendent faire la loi dans les classes, insultent les professeurs, demandent aux parents de porter plainte, rackettent et salissent l'environnement par des seringues et bouteilles vides et conspuent les filles à moitié dénudées et provocantes.

Je pense que donner le droit de vote à seize ans pour tous sans trier l'ivraie du bon grain, c'est faire courir un gros risque à nos sociétés en précaire équilibre socio-culturel. Et si la Suisse basculait de ce fait dans le camp des banlieues françaises et dans celui des gauchistes ne prenant jamais la défense des victimes, mais toujours des malfrats, jamais des working poors, mais des SDF et des sans papiers?

La blessure terrestre de Java

Il n'y a eu qu'un entrefilet sans commentaires excessifs sur la catastrophe qui est en train de se produire en Indonésie. En effet, sur l'île de Java, des apprentis sorciers recherchant du pétrole, ont creusé un trou de 3000 m. de profondeur qui laisse s'échapper depuis quelques semaines une boue visqueuse, gluante et puante très épaisse qui a déjà détruit des centaines de villas et chassés des milliers d'iliens vers d'autres cieux. Cette coulée d'après certains spécialistes, de-

vrait durer 31 jours. Pourquoi ce nombre? Et si la blessure ne se refermait pas, puisque tous les procédés pour obturer cette ouverture se sont montrés inefficaces? L'entité Gea est un corps vivant que l'on peut comparer à un corps humain, et pareil accident dans ce cas de figure conduirait à la paralysie ou la mort après s'être vidé de son sang. Comme nous avons affaire à la nature, on pourrait voir grandir une montagne plus haute que l'Everest qui déséquilibrerait la

rotation terrestre, changerait les pôles de place, renverserait la configuration des Océans, ravagerait les continents et pourquoi pas biaiserait la rotation du globe. Il dévierait alors de sa course et irait se crasher sur une autre entité stellaire.

J'aimerais bien avoir plus d'explications et de perspectives sur ce cataclysme silencieux dont les médias ne parlent pas?

Charlotte Morel

Différend fiscal avec l'UE

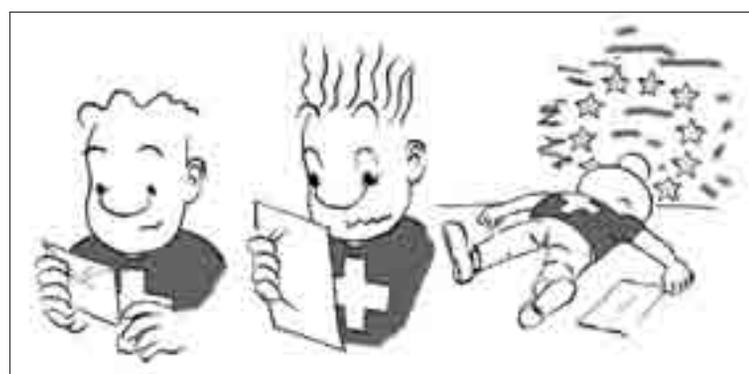
Bruxelles ne manque pas de culot en se mêlant des affaires internes de la Suisse non membre de l'UE. Parce qu'ils sont 27, ces pays s'octroient le droit de vouloir imposer leur incurie et leurs dysfonctionnements au seul pays de la planète qui donne à ses citoyens le droit de décider de ses impôts. Tous les partis sont naturellement contre une entrée en matière dangereuse, sauf les socialistes qui s'imaginent qu'en entamant des discussions avec les voisins, ils auront un avantage «à condition que celui-ci n'entraîne pas d'importantes pertes fiscales».

Ils oublient le taux de TVA qui sera obligatoirement mis sur le tapis, car après la main on veut le bras, et pourquoi pas un alignement sur les taxes diverses facturées aux autochtones européens. Nous avons déjà subi des pressions pour le milliard à verser en faveur des pays de l'Est, et aujourd'hui ces requins de Bruxelles veulent 350 millions de plus pour les nouveaux membres balkaniques.

Je dis attention. N'acceptez aucune ouverture de négociations à ce sujet sous peine de passer pour un gouvernement apeuré et prêt à se prostituer pour la gloire!

La bataille pour les handicapés

Cet autre sujet de discorde est tendencieux lorsque les adversaires du projet de réformes et de contrôle de l'AI prétendent que l'on veut traiter les personnes handicapées comme on traite des délinquants. Ils font le même faux amalgame qu'avec les mesures de contrôle des réfugiés. Dans ce deuxième cas, il s'agissait de FAUX réfugiés, et dans le cas de l'AI, il s'agit de faux handicapés qui jouent la comédie pour encaisser indûment des aides sans fin. Tout cela coûte cher au détriment des travailleurs qui eux



paient leurs impôts et n'ont pas le culot de se plaindre sans raison pour être une charge publique.

Le Grand théâtre continue à faire des vagues

Peut-être que les bisbilles qui deviennent de plus en plus ciblées au Grand Théâtre de Genève sont-elles en rapport avec les débordements sexuels exposés sur scène ces derniers mois? En tous cas le futur boss David Lachat pressentit par Patrice Mugny, le ministre de la culture reconduit hélas! pour une nouvelle législature et qui avait accepté et soutenu ces excès honteux devant des spectateurs plutôt désagréablement surpris, a posé des conditions draconiennes avant d'accepter ce poste. En tous cas il ne veut plus d'ingérence de la part du Conseil administratif et ses collaborateurs dans la gestion du Grand Théâtre et les négociations concernant le personnel se feront uniquement avec la Fondation. La ville de Genève n'y participera pas. Espérons qu'il y aura une meilleure atmosphère au sein de cette institution ainsi qu'une amélioration des contrôles de décence dans les textes déclamés et mimés.

(On apprend que David Lachat a refusé le poste)

Adieu Dauphins

Le Dauphin de Chine ou baiji, un des rares dauphins d'eau douce est

déclaré officiellement éteint. Présent uniquement dans le Yang-tsé-Kiang, il n'a pas survécu à l'édification de l'immense barrage des Trois Gorges. C'est le premier grand mammifère marin à disparaître de notre planète depuis une cinquantaine d'année.

Dortoir de masse

Au Sénégal des ornithologues ont découvert un dortoir où se rassemblent 28600 faucons crécerelles. Cela représente plus de la moitié de la population de l'Europe de l'Ouest et de l'Afrique du Nord réunies. La protection de ce dortoir est cruciale pour la sauvegarde de ce petit rapace migrateur en très forte régression depuis plusieurs années. Evidemment, au vu des abjections qui se passent dans le monde maintenant, qui se préoccupe des faucons crécerelles?

Forêt sauvée

En Indonésie grâce à la pression d'une association locale, Burung Indonesia, la loi forestière indonésienne qui autorisait des coupes à tout va, a été modifiée. A Sumatra, la forêt d'Harapan est la première à bénéficier de ce changement. Cette association a profité d'acheter 50000 ha en 2006. Cette année les ONG devraient pouvoir sauver une surface équivalente. Il faudrait aussi faire pareil au Brésil où Nanzer a laissé sa vie. *Octopus*

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch
sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralpräsident, Bern (CR)

Rudolf Keller, Präsident
SD Basel-Land, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Dr. Dragan J. Najman, Baden

Friedrich Auf der Maur, Volketswil

Michael Strebel, Stein
(Junge Stimme)

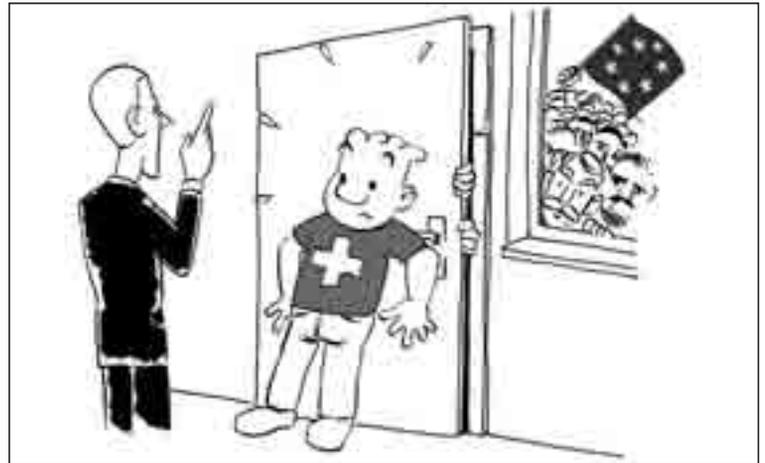
Zur Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit 20 EU/EFTA-Staaten:

SD fordern unverzüglich Begrenzungs- massnahmen für EU-Zuwanderer

Die Schweizer Demokraten (SD) stellen mit Besorgnis fest, dass das bilaterale Abkommen mit der EU über den freien Personenverkehr sich mehr und mehr negativ auf die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung auswirkt. So ist insbesondere ein massiver Zuwachs bei den Angehörigen der 15 alten EU-Staaten festzustellen. Den höchsten Zuwachs verzeichneten im vergangenen Jahr die Staatsangehörigen aus Deutschland (+ 15 000), gefolgt von denjenigen aus Portugal (+ 6 208) und aus Frankreich (+ 2 548). Dies entspricht dem Trend der letzten fünf Jahre.

Aufgrund der massiven Zuwanderung von Staatsangehörigen aus den 15 alten EU-Staaten soll die Schweiz unverzüglich Zuwanderungskontingente einführen, welche unserem Land aufgrund der im Rahmen der Bilateralen Verträge mit der EU ausgehandelten Schutzklausel zugebilligt wurden.

SD-Nationalrat Bernhard Hess hat deshalb in der vergangenen Session einen Vorstoss eingereicht, der eine Notbremse mittels Ein-



führung der Zuwanderungsschutzklausel fordert. Er begründet diese Motion damit, dass ab 1. Juni 2007 erstmals die volle Personenfreizügigkeit mit 20 EU/EFTA-Staaten eingeführt wird. Im Rahmen einer Schutzklausel kann die Schweiz aber wieder Kontingente einführen, wenn der Durchschnittswert der Einwanderung der letzten drei Jahre um mehr als zehn Prozent überschritten wird. In diesem Fall darf die Schweiz die Einwanderung während der zwei folgenden Jahre auf das Mittel der letzten

drei Jahre plus 5 Prozent beschränken. Diese Wiedereinführung von Begrenzungsmaßnahmen erfolgt temporär, einseitig und ohne die Gefahr von Retorsionsmassnahmen. Betrachtet man den massiven Zuwachs der ständigen und nicht ständigen ausländischen Wohnbevölkerung sowie die Zuwanderung der Erwerbstätigen aus den 15 alten EU-Staaten auf den Arbeitsmarkt, ist eine Notbremse mittels Einführung der Zuwanderungsschutzklausel unaufschiebbar und zwingend.



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Rettet unser Kulturland! Spendenaufruf

Wussten Sie, dass in der Schweiz jede Sekunde ein Quadratmeter fruchtbares Land überbaut wird? Auch in unserer Gemeinde Köniz scheint der letzte noch verbliebene unverbaute, kostbare Heimatboden im Beton zu ersticken. Sei es in Schliern, im Dreispitz, im Ried und wohl bald im Rappentöri – auch in unserer Gemeinde wird derzeit hemmungslos ausgezont, umgezont, entstehen neue Siedlungs- und Überbauungsprojekte, werden Luxus-Wohnsiedlungen gebaut. Oft sind es die schönsten Ecken in unserer Gemeinde und in unserem Land, die auf diese Weise Stück für Stück vernichtet werden. Und nun will der Bundesrat auch noch die letzte Hürde herunterreissen, indem er die so genannte «Lex Koller» gänzlich abschaffen und somit den bislang limitierten Grundstückverkauf an reiche Käufer aus dem Ausland völlig freigeben will. Doch nicht mit uns Schweizer Demokraten! Die SD und vormalis die NA haben sich sowohl in der Gemeinde Köniz (gegen die Überbauung des Blinzern-

plateaus) wie auch national gegen die Verschacherung unseres Kulturlandes, die hemmungslose Zersiedelung und gegen den Ausverkauf der Heimat immer zur Wehr gesetzt und wir werden es auch in Zukunft tun. In diesem Zusammenhang sei den Spekulanten und Geldmenschen ein altes Indianergedicht ins Stammbuch geschrieben:

«*Erst wenn Täler, Wald und Hügel
bis zum letzten Rasenziegel,
betoniert und umgegraben,
wird der Geldmensch
Ruhe haben.*»

Gerade in der Gemeinde Köniz wird einem eindrucksvoll vorgeführt, dass die Gross-Stadt-Schweiz bereits Realität geworden ist. Boden ist aber keine nachwachsende Ressource. Was überbaut, was «verhäuselt» ist, ist weg und verloren für die Natur, verloren für die Landschaft, verloren für die Landwirtschaft und schlussendlich verloren für Mensch und Tier.

Brigitta Matter,
SD-Gemeinderätin, Köniz

Am 21. Oktober 2007 wählen Sie eine neue Abordnung in den Nationalrat. Mit Ihrer Wahl entscheiden Sie über Ihre Zukunft und die einer lebenswerten Heimat, in der Sie frei, in angemessenem Wohlstand und grösstmöglicher Sicherheit leben können. Sie bestimmen auch, ob die politischen Fehlleistungen der letzten Jahre korrigiert werden, die uns immer mehr unkontrollierte Zuwanderung, mehr Asyl- und Sozialmissbrauch, mehr Kriminalität und Gewalt, mehr Verschuldung, mehr Steuern, sowie die Verbetonierung der letzten Landesreserven gebracht haben. Wir versichern Ihnen, dass wir uns weiterhin mit ganzer Kraft gegen die Überfremdung, Einwanderung und Überbevölkerung unseres Landes einsetzen und die Schweiz weiter unabhängig und frei erhalten wollen. Dieser Kampf aber kostet viel Geld. Wir bitten Sie deshalb, vom beiliegenden Einzahlungsschein Gebrauch zu machen. Jede Spende, ob gross oder klein, ist äusserst willkommen.

Ihre SD-Parteileitung